

Strapazierter Journalismus:

ANFEINDUNGEN UND
STRUKTURELLE BELASTUNGEN
VON JOURNALIST:INNEN
IN DEUTSCHLAND

EUROPEAN CENTRE
FOR PRESS & MEDIA
FREEDOM

ECPMF



IKG | Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

Eine gemeinsame Studie des European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF) und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld.

Verfasst von

Dr. Patrick Peltz (European Centre for Press and Media Freedom) und Dr. Yann Rees
(Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld/
Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt, Standort Bielefeld)

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	4
1. HINTERGRUND DER STUDIE	5
2. METHODIK UND SAMPLE	6
2.1 ERHEBUNG	6
2.2 DEMOGRAFISCHE ANGABEN	6
2.3 BERUFLICHER HINTERGRUND	7
3. ANFEINDUNGEN	9
3.1 HÄUFIGKEIT VON ANFEINDUNGEN.....	9
3.2 KANÄLE, INHALTE UND IDEOLOGISCHE HINTERGRÜNDE DER ANFEINDUNGEN.....	10
4. AUSWIRKUNGEN VON ANFEINDUNGEN	13
4.1 SUBJEKTIVE BELASTUNG UND INDIVIDUELLE FOLGEN	13
4.2 EINFLUSS AUF THEMENWAHL UND REDAKTIONELLE PRAXIS.....	15
4.3 REDAKTIONELLE DYNAMIKEN UND INSTITUTIONELLE REAKTIONEN.....	16
5. ARBEITSBEDINGUNGEN	18
5.1 STRUKTURELLE UND FINANZIELLE BEDINGUNGEN.....	18
5.2 POTENZIELLE AUSWIRKUNGEN BELASTENDER ARBEITSBEDINGUNGEN	19
6. DISKUSSION DER ERGEBNISSE	22
7. FAZIT	25
8. EMPFEHLUNGEN	25
9. LITERATUR	29

ZUSAMMENFASSUNG

- Für den vorliegenden Bericht wurden insgesamt 383 Journalist:innen zwischen November 2025 und Februar 2026 im Rahmen einer Online-Studie befragt.¹ Inhaltlich fokussierte der Fragebogen auf die Themenblöcke erlebte Anfeindungen und deren Auswirkungen sowie auf die Wahrnehmung aktueller Arbeitsbedingungen.
- Die Mehrheit der Befragten hat in den letzten 12 Monaten mindestens einmal persönlich Anfeindungen erlebt (65,4 Prozent). 53,4 Prozent wurden mehrfach angefeindet. Am häufigsten werden Anfeindungen über digitale Kanäle (soziale Medien, E-Mail) verbreitet, aber viele Befragte erleben sie auch von Angesicht zu Angesicht. Anfeindungen zielen in den Augen der befragten Journalist:innen vor allem allgemein auf „die Medien“, gefolgt von den journalistischen Inhalten und den Gruppen/Personen, über die berichtet wird. 73,3 Prozent der betroffenen Journalist:innen nehmen erlebte Anfeindungen als ideologisch motiviert wahr. 78,6 Prozent der Betroffenen geben an, Anfeindungen häufig oder sehr häufig einem politisch rechten Hintergrund zuzuordnen. 10,6 Prozent ordnen Anfeindungen häufig oder sehr häufig einem linken Hintergrund zu, 7,7 Prozent geben eine religiöse Motivation an.
- Die Auswirkungen von Anfeindungen betreffen die persönliche und redaktionelle Ebene. 33 Prozent der Befragten geben an, dass Anfeindungen sie eher oder voll und ganz persönlich belasten, 37,2 Prozent lehnen dies eher oder vollständig ab. 20,5 Prozent sind der Meinung, dass ihre Haltung zum Publikum sich aufgrund von Anfeindungen eher oder voll und ganz verschlechtert habe. 15,4 Prozent geben an, aus Sorge vor Anfeindungen bestimmte Themen bereits mindestens einmal nicht in Erwägung gezogen zu haben. 25,6 Prozent stimmen eher oder voll und ganz zu, dass die Stimmung im Team angespannter geworden sei. Lediglich eine Minderheit von 23,9 Prozent der Befragten gibt an, dass Strukturen und Maßnahmen in ihrem Arbeitsumfeld eingeführt wurden, um mit Anfeindungen umzugehen. Zugleich berichten 36,3 Prozent, dass Anfeindungen die Solidarität im Team eher oder voll gestärkt hätten.
- Die Arbeitsbedingungen im Journalismus werden von der überwiegenden Mehrheit als zunehmend belastend eingeschätzt. 82,4 Prozent sind eher oder voll und ganz der Meinung, dass ihre Arbeit verdichteter geworden sei, bei gleichbleibenden oder geringeren personellen Ressourcen. 56,6 Prozent geben an, dass die Beschäftigungssicherheit eher oder voll und ganz abgenommen habe. Über Dreiviertel (77,7 Prozent) sind zudem eher oder voll und ganz der Meinung, dass die Anforderungen an journalistische Arbeit sich durch das veränderte politische Klima und öffentliche Debatten erhöht hätten. 39 Prozent der Befragten geben an, bereits einmal über einen Berufsausstieg nachgedacht zu haben, wobei Journalistinnen dies signifikant häufiger berichten als Journalisten. 37,5 Prozent stimmen eher oder voll und ganz zu, Themen nicht aus Angst vor Anfeindungen, sondern generell aufgrund gesteigerter Arbeitsbelastung vermieden zu haben. 60,3 Prozent sehen die Pressefreiheit in Deutschland eher oder voll und ganz in Gefahr. Für 79,5 Prozent der Befragten gehen erlebte Anfeindungen im Vergleich zu strukturellen Veränderungen entweder überhaupt nicht oder nur in geringerem Maße mit beruflichen Einschränkungen einher.
- Anfeindungen gegenüber Journalist:innen treten selten isoliert auf. Vielmehr wirken sie im Zusammenspiel mit zunehmendem ökonomischem Druck und steigenden strukturellen Herausforderungen im Journalismus. Für viele Befragte entsteht die Belastung im Berufsalltag aus der Kombination von politischen Anfeindungen und strukturellen Veränderungen journalistischer Arbeitsbedingungen.

1. Wir möchten uns herzlich bei allen bedanken, die auf die Online-Umfrage aufmerksam gemacht haben. Dank gebührt ebenfalls allen Teilnehmenden.

„Die Kombination aus der kritischeren Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Medien/Journalisten und der steigenden Arbeitsbelastung und sinkenden Wertschätzung (auch finanziell) macht den Job immer schwieriger.“²

„Der Ton gegenüber Journalisten ist unverschämter geworden. Sachargumente werden teilweise kaum noch eingebracht. Die Pressefreiheit wird sogar von Politikern seriöser Parteien angegriffen bzw. nicht verteidigt. Auch die innere Pressefreiheit ist wegen der wirtschaftlichen Verlagsprobleme in Gefahr.“

„Ein Teil der Gesellschaft verachtet Journalisten; das Ansehen des Berufes ist gesunken. In der sächsischen Provinz lebend ist man damit teilweise geächtet. Das ist ein hoher Preis.“



1. HINTERGRUND DER STUDIE

Journalist:innen sehen sich in ihrer täglichen Arbeit in Deutschland mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Sie gehören zu einer der Berufsgruppen, die in den vergangenen Jahren einem erhöhten Maß an Gewalt und Anfeindungen im Rahmen ihrer Arbeit ausgesetzt waren (Imbusch und Steg 2025b; Peltz und Lamm 2025). Zugleich sind sie in einem beruflichen Umfeld tätig, das sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet (Hepp und Loosen 2020). Dahinter entfaltet sich ein Arbeitsalltag, in dem sich ökonomische Zwänge, technologische Umbrüche und politische Konfliktlagen verdichten und Journalist:innen in ihrem Arbeitsalltag direkt betreffen.

Studien im Kontext dieser Prozesse zeigen eine zunehmende Wahrnehmung von Arbeitsstress und dessen Folgen auf (Von Garmissen u. a. 2025, 6). Diese äußern sich unter anderem in einem unterdurchschnittlichen psychischen Wohlbefinden sowie in Ausstiegsüberlegungen von Journalist:innen (siehe u. a. Schmidt u. a. 2022; Hanitzsch 2025; Rick 2025). Weitere Studien befassen sich mit der Wahrnehmung von sowie den Erfahrungen mit Anfeindungen und Angriffen (Papendick u. a. 2020; Rees 2023), wobei die Erhebungen schon einige Jahre zurückliegen. Jüngere Untersuchungen legen zudem einen Fokus darauf, wie Lokaljournalist:innen in Regionen, die von einer starken Mobilisierung der extremen Rechten geprägt sind, Feindseligkeit und Einschüchterung erfahren und wie sich solche lokalen Dynamiken auf die berufliche Autonomie auswirken (Gutsmiedl und Kiess 2025; Peltz und Rees 2026).

Diese Befunde betreffen nicht nur sich verändernde Arbeitsbedingungen, sondern berühren unterschiedliche Ebenen professioneller Praxis und demokratischer Öffentlichkeit. Auf der individuellen Ebene können Stress, Unsicherheit und Anfeindungen die psychische Stabilität, die berufliche Bindung sowie die professionelle Autonomie von Journalist:innen untergraben, indem sie Themen- und Rechercheentscheidungen beeinflussen (Slavtcheva-Petkova u. a. 2023; Hiltunen 2017, 2019; Kim und Shin 2025). Auf redaktioneller Ebene beeinflussen dieselben Faktoren potenziell auch kollektive Routinen und Entscheidungsprozesse, etwa wenn Themen aus Konfliktvermeidung zurückhaltender bearbeitet, Berichterstattungsweisen angepasst oder der Umgang mit bestimmten Akteur:innen innerhalb von Redaktionen neu verhandelt werden (Björkenfeldt 2025; Malcorps u. a. 2023; Holton u. a. 2023). Zuletzt verdichten sich diese Entwicklungen auf gesellschaftlicher Ebene zu einem demokratischen Problem, weil eine strukturell geschwächte journalistische Profession ihre öffentliche Kontroll- und Informationsfunktion nur eingeschränkt erfüllen kann (Bovens u. a. 2014; Hamada 2022; Usher und Kim-Leffingwell 2023).

2. Am Ende des Surveys hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, in einem offenen Antwortfeld Erfahrungen und Einschätzungen zu den zuvor abgefragten Themen mitzuteilen. Die in der Studie an mehreren Stellen präsentierten Zitate sind eine kleine Auswahl davon. Wir haben sie in dieser Form unverändert übernommen, auch mit möglichen Rechtschreibfehlern.

Vor diesem Hintergrund lauten die zentralen Fragen dieser Untersuchung wie folgt:

Welche Formen, Intensitäten und Kontexte von Anfeindungen und Angriffen berichten Journalist:innen in Deutschland?

Welche Auswirkungen haben diese Erfahrungen auf das Wohlbefinden von Journalist:innen sowie auf die professionelle Praxis und die publizistische Arbeit – sowohl auf individueller als auch auf redaktioneller Ebene?

Wie werden die strukturellen Arbeitsbedingungen im Journalismus wahrgenommen und mit welchen potenziellen Auswirkungen gehen diese einher?

2. METHODIK UND SAMPLE

2.1 Erhebung

Die vorliegende Studie wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen dem European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF) und dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) zwischen November 2025 und Februar 2026 durchgeführt. Die Befragung wurde mit der Software Unipark als Online-Studie programmiert. Der Befragungslink ist an alle größeren journalistischen Gewerkschaften und Berufsverbände (z. B. Deutscher Journalisten-Verband, Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union, Freischreiber) sowie wenn möglich deren regionale Ableger verteilt und i. d. R. über Mailinglisten, z. B. Newsletter oder Informationsmails, weiterverbreitet worden. Zudem sind zahlreiche Redaktionen direkt kontaktiert und um Verbreitung des Zugangs zur Studie gebeten worden. Insgesamt wurden so 2868 Journalist:innen erreicht, von denen 383 den Fragebogen bis zum Ende ausgefüllt haben.³ Dies entspricht einer Beendigungsquote von 13,4 Prozent. Die Erhebung wurde in Form eines Fragebogens mit vornehmlich geschlossenen Fragen durchgeführt. An einigen Stellen hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, offene Antwortfelder auszufüllen. Die mittlere Bearbeitungszeit der Befragung lag bei etwa 14 Minuten. Der Studie wurde von der Ethik-Kommission der Universität Bielefeld ethische Unbedenklichkeit bescheinigt (EUB-2025-359 vom 09.10.2025). Die Anlage der vorliegenden Studie lässt keine repräsentativen Aussagen über alle Journalist:innen in Deutschland zu. Alle folgenden Ergebnisse und Analysen beziehen sich ausschließlich auf die vorliegende Stichprobe.

Der Bericht stellt Prozentwerte, Mittelwerte (M) und Standardabweichungen (SD) dar, um Verteilungen, Durchschnitte und Streuungen zu beschreiben. Mittelwerts- und Häufigkeitsunterschiede werden in den Fußnoten mit den Ergebnissen der jeweiligen Signifikanztests ausgewiesen. Zudem werden Korrelationen (r) als Maß für Zusammenhänge zwischen Variablen berichtet, ohne daraus Kausalität abzuleiten.

2.2 Demografische Angaben

Von den insgesamt 383 Teilnehmenden an der Befragung ist über die Hälfte männlich (54,8 Prozent), knapp 44 Prozent sind weiblich und etwa ein Prozent divers. In etwa jede:r Zehnte gab einen Migrationshintergrund an. Über die Hälfte der Befragten (55,1 Prozent) sind in Festanstellung tätig, etwa ein Drittel (35 Prozent) gibt an, als Freie zu arbeiten sowie weitere acht Teilnehmende (2,1 Prozent) als Pauschalist:in. Im offenen Antwortfeld „Sonstiges“ (7,8 Prozent) werden z. B. Mischformen wie „feste Freie“ oder „Volontärin“ genannt. Die demografischen Angaben lassen sich Tab. 1 entnehmen. Insgesamt handelt es sich im Durchschnitt um eine relativ erfahrene Stichprobe: Der Mittelwert der offen erfragten Berufserfahrung liegt bei 22,7 Jahren, bei einer Spannweite von einem bis 59 Jahren.

3. Einzelne Fragen konnten übersprungen werden; daher können die Fallzahlen in einzelnen Analysen vom Gesamt-N abweichen.

Tab. 1: Demografische Angaben

Geschlecht	weiblich	männlich	divers	
	44,4 (170)	54,8 (210)	0,8 (3)	
Migrationshintergrund	verneint	bejaht	keine Angabe	
	86,2 (330)	10,4 (40)	3,4 (13)	
Beschäftigungsform	Festanstellung	Frei	Pauschalist/in	Sonstiges
	55,1 (211)	35 (134)	2,1 (8)	7,8 (30)

Anmerkung: Angaben in Prozent, absolute Zahlen in Klammern, N = 383.

2.3 Beruflicher Hintergrund

Die Ressortzugehörigkeiten der Befragten sind relativ heterogen verteilt. Am häufigsten sind die Befragten in den Ressorts Lokales (25,1 Prozent), Politik (13,3 Prozent) sowie Regionales (8,9 Prozent) tätig. Weitere knapp 15 Prozent geben an, dass in ihrem Medium keine klare Trennung nach Ressorts vorgenommen werden könne. Tab. 2 stellt die übrigen Ausprägungen nach Ressorts dar.

Tab. 2: Aufteilung nach Ressorts

Ressort	N	Prozent
Lokales	96	25,1
Keine klare Trennung	56	14,6
Politik	51	13,3
Regionales	34	8,9
Anderes (offen)	34	8,9
Kunst und Kultur	26	6,8
Kein Ressort	24	6,3
Wissen und Technik	19	5
Wirtschaft	15	3,9
Sport	10	2,6
Gesellschaft	8	2,1
Unterhaltung	5	1,3
Lebensart	2	0,5
Reise	2	0,5

Anmerkung: N = 383.

Fast ein Drittel der Befragten (29 Prozent) sind vornehmlich in Bayern tätig. Am zweithäufigsten haben Befragte aus Nordrhein-Westfalen (14,4 Prozent) und Thüringen (8,6 Prozent) an der Studie teilgenommen. Die Häufigkeiten der weiteren Bundesländer finden sich in Tab. 3. Rund 37 Prozent der Befragten geben an, mit ihrem Medium überwiegend ein lokales Publikum (z. B. auf Stadt-/Landkreisebene) zu erreichen. Etwas mehr (38,1 Prozent) sind vornehmlich überregional tätig, beispielsweise auf Landesebene oder in mehreren Regionen. Knapp ein Viertel (25,7 Prozent) wiederum sind in ihrer journalistischen Arbeit vor allem bundesweit aktiv. Damit handelt es sich insgesamt um eine Stichprobe mit eher überregionaler Reichweite.

Tab. 3: Tätigkeit nach Bundesländern

Bundesland	N	Prozent
Bayern	111	29
Nordrhein-Westfalen	55	14,4
Thüringen	33	8,6
Keine Einordnung möglich	25	6,5
Rheinland-Pfalz	25	6,5
Sachsen	23	6
Hessen	22	5,7
Niedersachsen	22	5,7
Hamburg	21	5,5
Baden-Württemberg	18	4,7
Berlin	13	3,4
Brandenburg	3	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	3	0,8
Saarland	3	0,8
Schleswig-Holstein	3	0,8
Bremen	2	0,5
Sachsen-Anhalt	1	0,3

Anmerkung: N = 383.

Insgesamt 67,6 Prozent der Befragten wohnen in ihrem Berichtsgebiet. 78 Befragte (20,4 Prozent) geben an, teilweise im Berichtsgebiet zu wohnen. Lediglich 12 Prozent sind nicht dort wohnhaft, wo sie hauptsächlich beruflich tätig sind. Tab. 4 zeigt, dass die meisten Befragten (54 Prozent) für eine Zeitung tätig sind, gefolgt von den Medientypen Fernsehen (29,8 Prozent), Radio (29,2 Prozent) und Online-Medien (26,9 Prozent). Von den Befragten sind in etwa ein Drittel (36,6 Prozent) im öffentlich-rechtlichen Rundfunk tätig. Einschränkungen der Pressefreiheit durch die Polizei.

Tab. 4: Beschäftigung nach Medientyp

Medientyp	Prozent
Zeitung	54
Fernsehen	29,8
Radio	29,2
Online-Medium	26,9
Zeitschrift	16,4
Anzeigenblatt	4,7
Agentur/Dienst	4,2

Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich.

3. ANFEINDUNGEN

3.1 Häufigkeit von Anfeindungen

Von den Befragten gaben 65,4 Prozent an, in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Anfeindungen erlebt zu haben. Hierzu zählen wir jedwede Form nicht-körperlicher Angriffe, wie verbale oder schriftliche Beschimpfungen oder Drohungen. Mehr als jede zweite journalistisch arbeitende Person in unserer Stichprobe (53,4 Prozent) gab an, mehrfach angefeindet worden zu sein. Differenziert nach Geschlecht zeigen sich in der Häufigkeit keine signifikanten Unterschiede, auch wenn der Anteil betroffener Frauen (69,5 Prozent), die mindestens einmal in den letzten 12 Monaten angefeindet wurden, leicht über dem der männlichen Kollegen liegt (62,4 Prozent).⁴ Etwas deutlicher fallen die Unterschiede über institutionelle Kontexte hinweg aus. Befragte aus öffentlich-rechtlichen Medien berichten häufiger von Anfeindungen in den letzten 12 Monaten (71,4 Prozent mindestens einmal) als Kolleg:innen außerhalb dieses Bereichs (62,1 Prozent). Hinsichtlich der regionalen Einordnung des Mediums, für das gearbeitet wird, zeigen sich hingegen nur geringe Unterschiede: Lokaljournalist:innen (68,3 Prozent mindestens einmal) und überregional Tätige (64,0 Prozent) liegen vergleichsweise nah beieinander.⁵ Beim Wohnort im Berichtsgebiet fällt jedoch auf, dass jene, die nicht im eigenen Berichtsgebiet leben, seltener betroffen sind (N=46; 52,2 Prozent mindestens einmal) als Journalist:innen mit Wohnsitz im Berichtsgebiet (N=259; 69,1 Prozent). Befragte, die teilweise im Berichtsgebiet wohnen, liegen dazwischen (N=78; 61,5 Prozent). Gleichzeitig sind die Fallzahlen der Befragten mit keinem Wohnsitz im Berichtsgebiet und derjenigen, die teilweise im Berichtsgebiet wohnen deutlich kleiner, was hier berücksichtigt werden sollte. Bei der Differenzierung nach Beschäftigungsform zeigt sich ein signifikanter Unterschied mit kleiner Effektstärke in der Betroffenheit: Festangestellte Journalist:innen berichten häufiger von mindestens einer Anfeindung in den vergangenen zwölf Monaten (70,6 Prozent) als freie Mitarbeitende (59,7 Prozent).⁶ Im Vergleich zu nicht-körperlichen Anfeindungen treten körperliche Angriffe deutlich seltener auf. Lediglich 5,5 Prozent der Befragten (21) berichten, in den vergangenen zwölf Monaten mindestens einmal physisch attackiert worden zu sein. Von diesen 21 Personen gaben drei an, mehrfach körperlichen Angriffen ausgesetzt gewesen zu sein.

„Ich persönlich war lange Moderator und habe mich inzwischen nahezu aus dieser Position zurückgezogen, da ich mit meinem Gesicht und Namen nicht mehr in der Öffentlichkeit stehen möchte - auch aus Angst vor Anfeindungen!“

„Ich habe Anfeindungen in Form von Drohbriefen und Beschwerden beim ausstrahlenden Sender bereits in den 1990er Jahren erlebt (aus dem rechten politischen Spektrum). Deren Qualität und Wirkung hat also nicht zugenommen, aber die Quantität schon.“

„Ich habe viele und heftige Anfeindungen erlebt, als ich bis vor vier Jahren verantwortlich im Lokalen tätig war, bis hin zu körperlichen Attacken. Seit meinem Wechsel in eine andere Position und Aufgabe ist es sehr viel besser geworden, aber nicht völlig abgeebbt.“

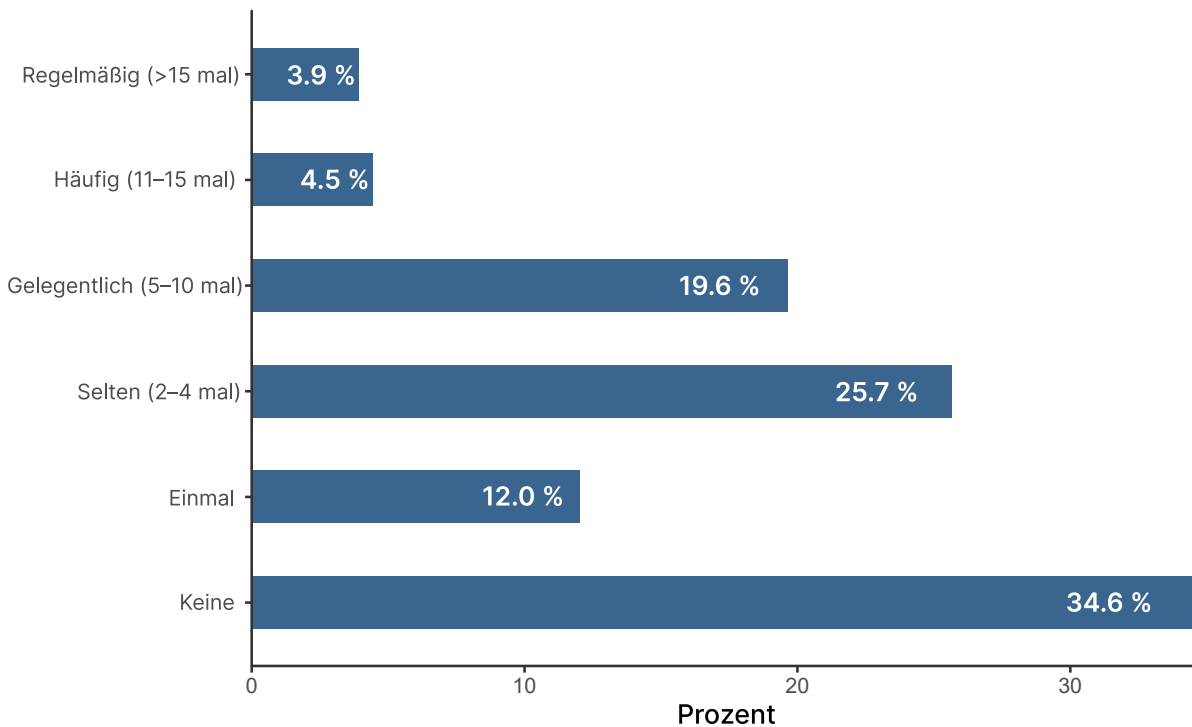
4. Im Fragebogen bestand zudem die Möglichkeit, „Divers“ auszuwählen. Aufgrund der sehr kleinen Subgruppe (n = 3) erfolgt in der tabellarischen und grafischen Darstellung keine separate Ausweisung dieser Kategorie.

5. Die Antwortoptionen überregional und bundesweit wurden für die Auswertung zusammengelegt.

6. $\chi^2(1) = 4,5$; $p < .05$; Cramér's $V = 0,11$.

Abb. 1: Häufigkeit von Anfeindungen

Frage: Wie häufig waren Sie in den letzten 12 Monaten Anfeindungen ausgesetzt?



Anmerkung: N = 383.

3.2 Kanäle, Inhalte und ideologische Hintergründe der Anfeindungen

Kanäle

Die Ergebnisse zeigen, dass Anfeindungen in erheblichem Maße über digitale Kanäle erfolgen. Mit 57 Prozent werden soziale Netzwerke am häufigsten genannt. Sie bilden damit den zentralen Kommunikationsraum, in dem Journalist:innen angefeindet werden. Auch E-Mails (45,4 Prozent) und Kommentarspalten auf den Websites der Medienhäuser (29,9 Prozent) sind relevante Schauplätze von Anfeindungen. Zugleich beschränken sich die Angriffe nicht auf digitale Öffentlichkeiten: Mit 43,4 Prozent berichten viele Befragte auch von persönlichen Konfrontationen von Angesicht zu Angesicht. Anfeindungen reichen damit auch häufig in den unmittelbaren sozialen Nahraum hinein. Telefonische Anfeindungen sind mit 18,3 Prozent seltener, aber keineswegs marginal. „Andere“ Kanäle werden mit 7,2 Prozent vergleichsweise selten genannt. In den offenen Antworten verweisen Befragte unter dieser Kategorie unter anderem auf Diffamierungen in öffentlichen Messenger-Gruppen, in alternativen Medien sowie auf Blogs. Zudem werden in zwei Fällen anonyme Sachbeschädigungen an der privaten Wohnadresse geschildert, in einem Fall verbunden mit einer Morddrohung. Insgesamt deutet das Muster darauf hin, dass Anfeindungen über verschiedene Kanäle in digital vermittelten Öffentlichkeiten stattfinden, jedoch keineswegs auf diese beschränkt sind. Die Mehrfachnennungen von vielen Befragten zeigen zudem, dass viele Betroffene über mehrere Kommunikationswege hinweg angefeindet werden.



„Die meisten Anfeindungen kommen von Social Media Usern, die nur die Überschriften und selten den Text gelesen haben.“

„Die AfD beschimpft auf Pressekonferenzen oft auch im denunziatorischen Ton den Sender, für den ich arbeite und mich persönlich und nennt dabei auch meinen Namen. Das zeichnet sie dann auf und veröffentlicht es. Und sofort bekomme ich Beschimpfungen übelster Art unter deren Kommentaren. Einmal bekam ich anonym

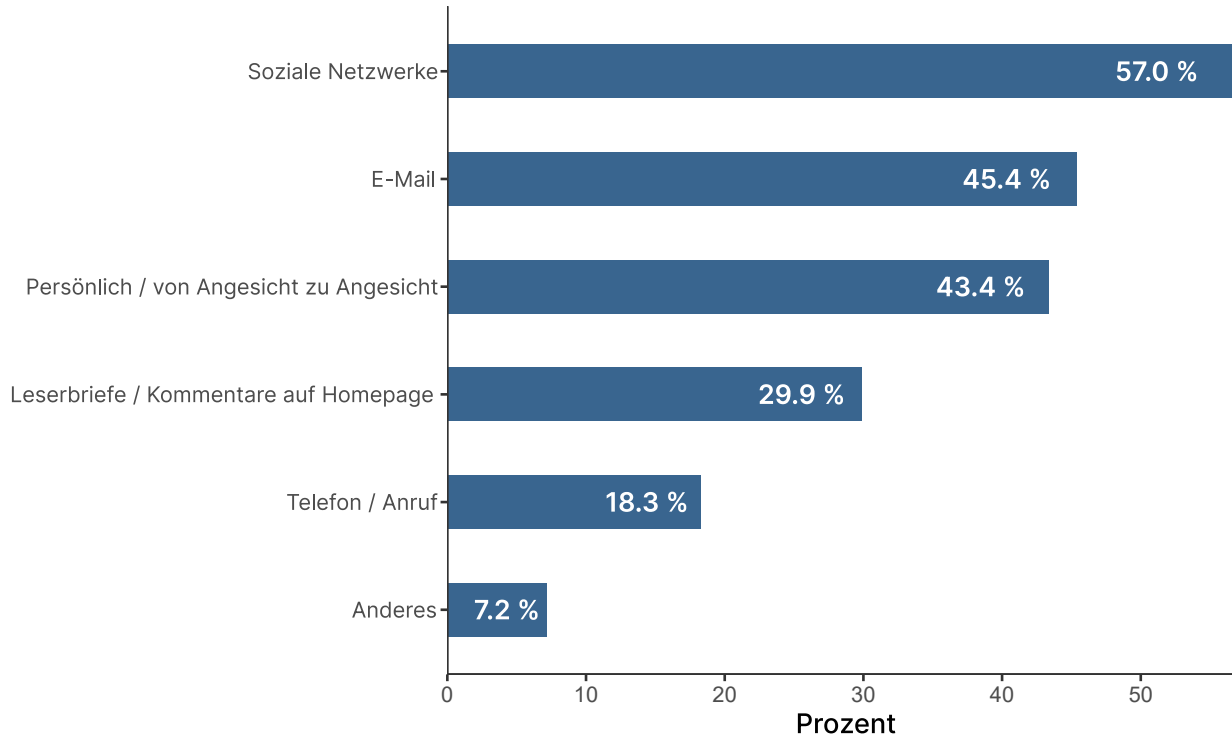
auf solch eine Verbalattacke auf einer PK sogar eine Morddrohung. Die habe ich dann zur Anzeige gebracht, allein schon, damit so etwas überhaupt registriert wird.“

„Bei uns im Verlag muss etwa der Früh- oder Spätdienst die Facebook-Kommentare im Auge behalten, weil es keinen Social-Media-Manager gibt. Eine äußert aufreibende Aufgabe. Es gab schon heftige Vorwürfe unter Kollegen, weil Kollege X kurz zuvor etwas über Soziales/Flüchtlingsunterkünfte/Politik gepostet hat. Dann bricht ein gewaltiger Shitstorm los, den Kollege Y irgendwie moderieren muss.“



Abb. 2: Kanäle von Anfeindungen

Frage: Über welche Kanäle haben Sie Anfeindungen erlebt? (Mehrfachnennung möglich)



Anmerkung: N=251 basierend auf allen Antworten, die mindestens eine Anfeindung angegeben haben. Mehrfachnennungen möglich.

Inhalte

Anfeindungen richten sich nach Einschätzung der Befragten überwiegend gegen „die Medien“ als kollektive Projektionsfläche sowie gegen berichtete Inhalte, deutlich seltener hingegen gegen die konkret betroffenen Journalist:innen persönlich. Mit 73,1 Prozent wird am häufigsten ein allgemeiner Bezug „gegen die Medien“ genannt. Anfeindungen erscheinen damit vielfach als Ausdruck einer grundsätzlichen Ablehnung gegenüber etablierten oder als „Mainstream“ markierten Medien. Inhaltliche Aspekte der Berichterstattung werden von 57,3 Prozent der Befragten als Bezugspunkt genannt. Anfeindungen knüpfen damit häufig an konkrete Themen, Beiträge oder redaktionelle Entscheidungen an. Seltener beziehen sich Anfeindungen auf bestimmte Personen oder Gruppen, über die berichtet wurde (28,5 Prozent) oder direkt auf die Journalist:innen selbst, etwa hinsichtlich Geschlechts, Herkunft oder politischer Haltung (27,7 Prozent). Auch wenn diese Anteile unterhalb der medien- oder inhaltsbezogenen Anfeindungen liegen, ist zu betonen, dass Personalisierungen für eine relevante Anzahl von Betroffenen auftreten und damit keineswegs randständig sind.

„Als Journalist, der auch vor der Kamera arbeitet - als Gesicht, das zumindest Teilen des Publikums bekannt ist - bin ich zunehmend persönlichen Anfeindungen bei den Dreharbeiten ausgesetzt. Da geht es zum Teil um die Themen (meist

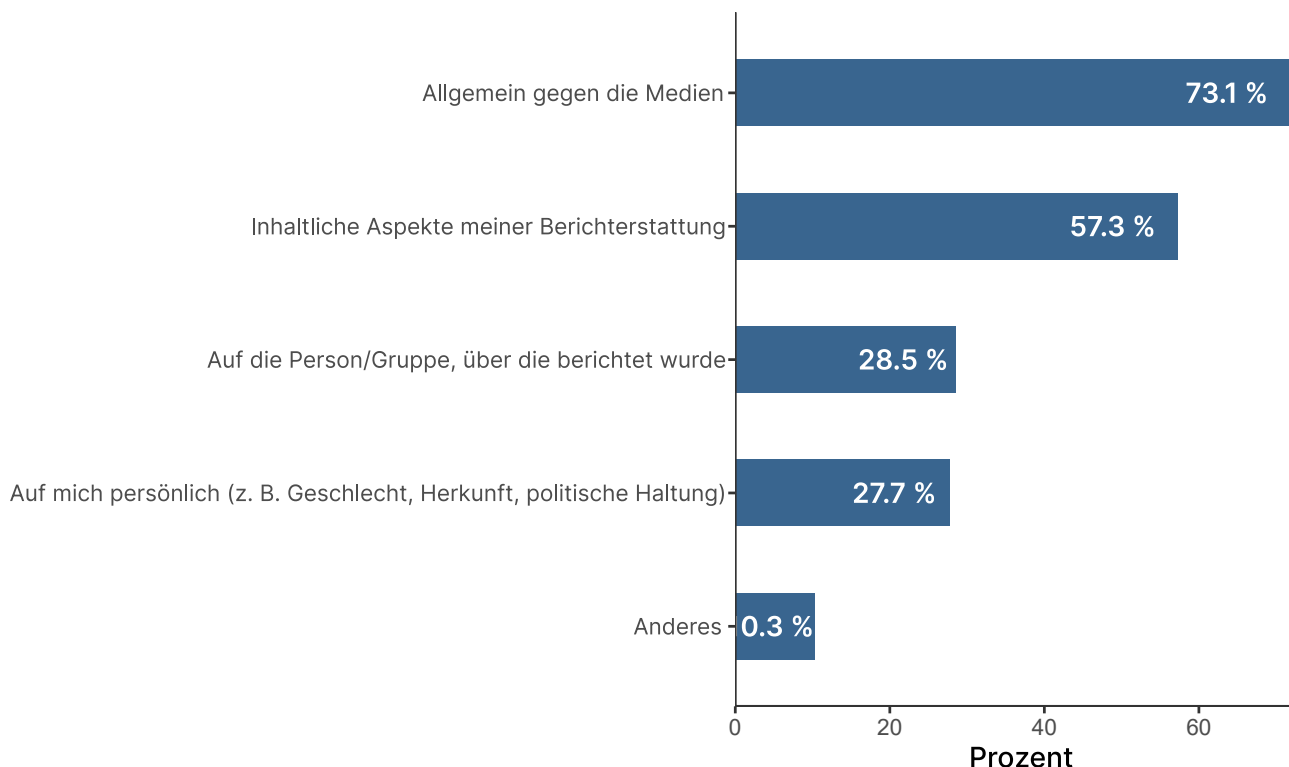
in der Kritik unfundiert), aber vor allem um meine Person an sich. Es ist erschütternd wie niedrig die Schwelle geworden ist, persönliche Anfeindungen oder generelle Medienkritik gegenüber mir und meinem Team zu äußern.“

„Jede, die über soziale Themen berichtet wie Klima, Bürgergeld, Barrierefreiheit, Natur oder ähnliches hat sofort einen Aktivistensempel auf der Stirn und wird als woke oder linksgrün angesehen. Es geht nicht mehr um die Sache, sondern es werden sofort Narrative besetzt und bedient.“



Abb. 3: Bezug der Anfeindungen

Frage: Worauf bezogen sich die Anfeindungen? (Mehrfachnennung möglich)



Anmerkung: N=251 basierend auf allen Antworten, die mindestens eine Anfeindung angegeben haben. Mehrfachnennungen möglich.

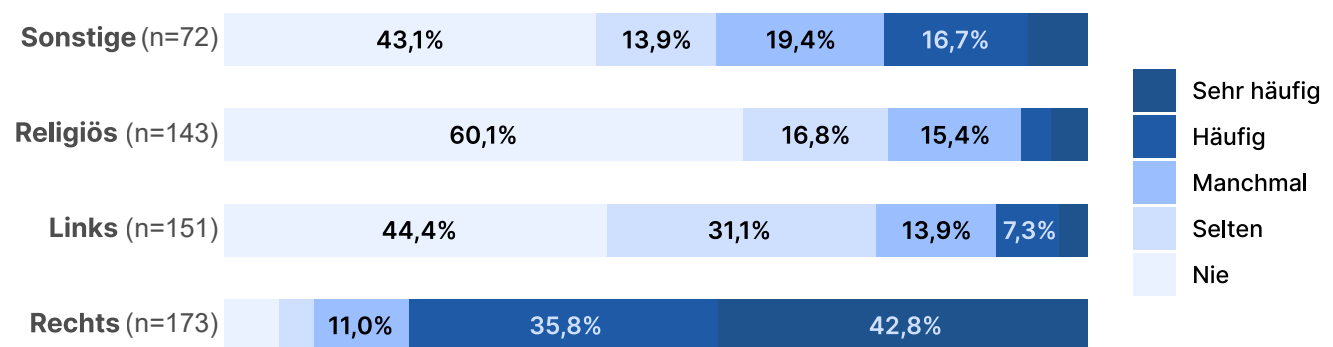
Bezüge von Anfeindungen weisen keine signifikanten Geschlechterunterschiede auf. Entlang des Geschlechts zeigen sich nur geringe Verschiebungen im Bezugspunkt der Anfeindungen, deutlicher wird der Unterschied entlang institutioneller Zugehörigkeit. Besonders auffällig ist der Abstand beim allgemeinen Medienbezug: 83 Prozent der im öffentlich-rechtlichen Bereich Tätigen berichten von Anfeindungen „gegen die Medien“, im nicht-öffentlich-rechtlichen Bereich sind es 67,5 Prozent.⁷ Anfeindungen erscheinen hier also vergleichsweise seltener personen- oder inhaltsbezogen, sondern richten sich noch stärker gegen „die Medien“ als abstrakte Institution. Aus den offenen Antworten geht an dieser Stelle zusätzlich hervor, dass öffentlich-rechtliche Sender vielfach explizit als Ziele von Anfeindungen benannt werden. Für das vorliegende Sample lässt sich damit festhalten: Der Bezugspunkt der Anfeindungen variiert weniger entlang individueller Merkmale wie dem Geschlecht, stärker jedoch entlang institutioneller Zugehörigkeit. Auch die Bezugsdimensionen der Anfeindungen zwischen lokalen und überregionalen Medien unterscheiden sich nur geringfügig.

⁷. $\chi^2(1) = 7,42$; $p = 0,006$; Cramér's $V = 0,17$.

Ideologische Hintergründe

Die große Mehrheit der betroffenen Journalist:innen ordnet die von ihnen in den letzten 12 Monaten erlebten Anfeindungen einer ideologischen Motivation zu (73,3 Prozent).⁸ Diese Zuschreibungen sind deutlich asymmetrisch verteilt. Rechte Motivlagen für erlebte Anfeindungen werden mit Abstand am häufigsten angegeben. Insgesamt fast vier Fünftel (78,6 Prozent) berichten, erlebte Anfeindungen häufig oder sehr häufig ideologisch rechts zuordnen zu können. Linke oder religiöse Verortungen von Anfeindungen spielen demgegenüber eine deutlich geringere Rolle und werden überwiegend als nie oder selten vorkommend beschrieben. Gleichwohl geben 10,6 Prozent an, linke Ideologie häufig oder sehr häufig hinter den Anfeindungen wahrzunehmen; für religiöse Motivation liegt dieser Anteil bei 7,7 Prozent. Auch die Kategorie „Sonstige“ relativiert dieses Bild nicht grundlegend. Zwar ist sie heterogener, doch die offenen Angaben zeigen, dass es sich eher selten um „unpolitische“ oder zufällige Motivlagen handelt. Genannt werden unter anderem verschwörungsideologische Milieus (etwa Corona-Leugnung, „Verschwörungsgeschwurbel“), antifeministische und transfeindliche Einstellungen, vulgäre staats- und medienfeindliche Haltungen, pro-russische Positionierungen oder mobilisierende Gruppen aus dem pro-palästinensischen Spektrum. Die Restkategorie bündelt damit ideologische Zuschreibungen, die innerhalb der Links-Rechts-Heuristik aufgrund ihrer ideologischen Heterogenität von den Befragten nicht eindeutig eingeordnet wurden.

Abb. 4: Ideologische Zuordnung der Anfeindungen



4. AUSWIRKUNGEN VON ANFEINDUNGEN

4.1 Subjektive Belastung und individuelle Folgen

Rund ein Drittel der Befragten (33 Prozent) stimmt eher oder voll zu, dass Anfeindungen sie persönlich belasten. Zugleich verneinen 37,2 Prozent eine entsprechende Wirkung eher oder vollständig. Belastungen auf Basis von Anfeindungen sind demnach also kein Randphänomen, aber auch keine universelle Erfahrung. Deutlich weniger ausgeprägt fallen die Angaben zu gesundheitlichen Folgen aus. 61,2 Prozent verneinen eine Beeinträchtigung vollständig, weitere 22,8 Prozent eher. Insgesamt 8,4 Prozent stimmen eher oder voll zu. Wahrgenommene Belastungen schlagen sich demnach bei einer kleinen Gruppe in gesundheitlich relevanten Konsequenzen nieder. In absoluten Zahlen bedeutet dies aber auch, dass 32 Personen des Samples aufgrund von Anfeindungen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen berichten. Die Haltung gegenüber dem Publikum hat sich für ein Fünftel der Befragten (20,5 Prozent) aufgrund von Anfeindungen eher oder voll und ganz

8. Aus Gründen der Zugänglichkeit und der Vergleichbarkeit arbeitet die Studie mit den vereinfachenden ideologischen Kategorien „rechts“ und „links“. Uns ist bewusst, dass diese Einteilung der Komplexität politischer Ideologien und ihrer jeweiligen Ausprägungen nicht gerecht wird. Sie dient daher in erster Linie als analytische Heuristik.

verschlechtert. Die Anfeindungen scheinen also bei einem relevanten Teil der Befragten das Verhältnis zum Publikum zu beeinflussen, ohne jedoch mehrheitlich zu einer Entfremdung zu führen.

Abb. 5: Subjektive Belastung und individuelle Folgen

Anfeindungen oder Angriffe belasten mich persönlich.

N = 382



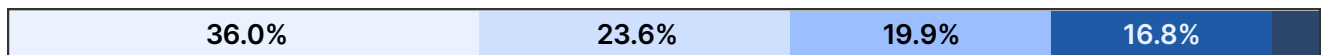
Meine Gesundheit wurde durch Anfeindungen oder Angriffe beeinträchtigt (z. B. psychisch oder körperlich).

N = 381



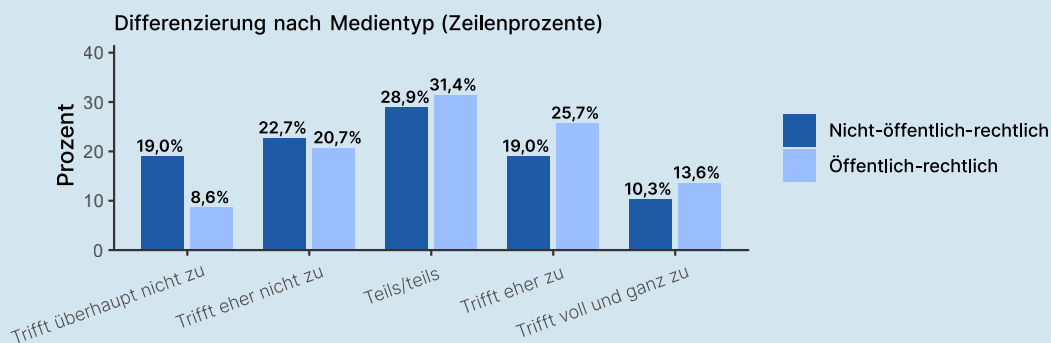
Meine Haltung gegenüber dem Publikum hat sich auf Grund von Anfeindungen oder Angriffen verschlechtert.

N = 381



Eine nach institutioneller Zugehörigkeit differenzierte Betrachtung zeigt Unterschiede in der wahrgenommenen Belastung: Beschäftigte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind häufiger in den zustimmenden Kategorien vertreten, während nicht-öffentlich-rechtlich Tätige häufiger eine klare Ablehnung angeben (siehe Abb. 6). Dies bestätigt sich auch im Mittelwertvergleich (M = 3,15 vs. 2,79).⁹ Betrachtungen über weitere Merkmale (Geschlecht, Anstellungsverhältnis, Reichweite des Mediums sowie Wohnort) hinweg zeigen für die drei Items eher marginale Unterschiede.

Abb. 6: Belastung durch Anfeindungen oder Angriffe differenziert nach Medientyp



Anfeindungen oder Angriffe belasten mich persönlich.
N (Öffentlich-rechtlich)=140, N (Nicht-öffentlich-rechtlich)=242, N (gültig)=382

Anmerkung: Mittelwerte und Standardabweichungen: Öffentlich-rechtlich M = 3,15 (SD = 1,17), nicht-öffentlich-rechtlich M = 2,79 (SD = 1,24). t(380) = 2,77; p = .006; Cohen's d = 0,30.

9. t(380) = 2,77; p = .006; Cohen's d = 0,30.

4.2 Einfluss auf Themenwahl und redaktionelle Praxis

15,4 Prozent der Befragten stimmen eher oder voll zu, bestimmte Themen aus Sorge bereits gar nicht in Erwägung gezogen zu haben. Demgegenüber verneinen 68,9 Prozent dies eher oder vollständig. Ein vollständiger präventiver Themenverzicht bleibt damit eine eher seltene Bewältigungsstrategie, ist jedoch keineswegs marginal, zumal weitere 15,7 Prozent der Befragten mit „teils/teils“ antworten und damit zumindest andeuten, einen solchen Schritt gelegentlich in Erwägung zu ziehen. Noch weniger verbreitet ist der Rückzug bereits konkret geplanter Beiträge: 7,1 Prozent stimmen eher oder voll zu, einen Beitrag aus Sorge vor Anfeindungen nicht umgesetzt zu haben, während 84,8 Prozent dies eher oder vollständig verneinen. Während ein Teil der Befragten Themen also bereits in einem frühen Stadium verwirft, bleibt der spätere Schritt, geplante Beiträge tatsächlich zurückzuziehen, deutlich seltener. Etwas häufiger hingegen lassen Befragte einzelne Formulierungen oder Details aus Sorge vor Anfeindungen oder Angriffen weg. Auch hier verneint zwar eine überwiegende Mehrheit (72,7 Prozent) dies eher oder vollständig. 15 Prozent stimmen der Aussage aber eher oder voll zu. Zudem deutet der Anteil von 12,4 Prozent „teils/teils“-Antworten darauf hin, dass ebenfalls ein nicht unerheblicher Teil zumindest gelegentlich Selbstzensur praktiziert. Eine Verschlechterung der eigenen Arbeitsqualität wird nur von 5,6 Prozent eher oder voll bejaht. Zwei Drittel (66,6 Prozent) verneinen dies vollständig. Subjektiv werden die professionelle Leistungsfähigkeit und daraus resultierende Qualität also weitgehend als stabil eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund zeigt sich ein möglicher Widerspruch: Während ein Teil der Befragten von Anpassungen in der Themenwahl oder in der konkreten Ausgestaltung von Beiträgen berichtet, wird die eigene Arbeitsqualität zugleich mehrheitlich als unverändert wahrgenommen.

Abb. 7: Einfluss auf Themenwahl und redaktionelle Praxis

Aus Sorge vor Anfeindungen oder Angriffen habe ich bestimmte Themen bereits gar nicht erst in Erwägung gezogen.

N = 382



Ich habe aus Sorge vor Anfeindungen oder Angriffen bereits geplante Themen/Beiträge zurückgezogen oder nicht umgesetzt.

N = 381



Ich habe Formulierungen oder Details in meinen Beiträgen aus Sorge vor Anfeindungen oder Angriffen weggelassen.

N = 380



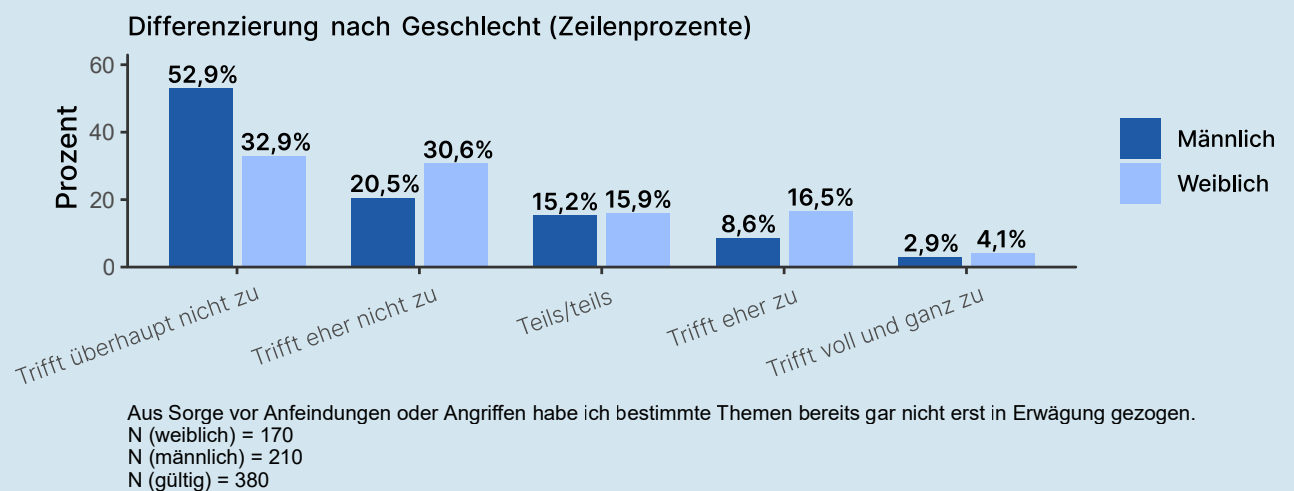
Die Qualität meiner Arbeit hat auf Grund von Anfeindungen oder Angriffen gelitten.

N = 380



Unterschiede entlang des Geschlechts zeigen sich vor allem bei präventiven und redaktionellen Anpassungen. Journalistinnen geben signifikant häufiger an, bestimmte Themen aus Sorge vor Anfeindungen gar nicht erst in Erwägung zu ziehen als Journalisten ($M = 2,28$ vs. $1,88$; siehe Abb. 8).¹⁰ Auch beim Weglassen einzelner Formulierungen oder Details berichten Journalistinnen im Durchschnitt höhere Werte ($M = 2,19$ vs. $1,97$), der Unterschied ist jedoch nicht statistisch signifikant. Zudem berichten Befragte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks signifikant häufiger, bestimmte Themen aus Sorge vor Anfeindungen gar nicht erst in Erwägung zu ziehen ($M = 2,26$ vs. $1,93$).¹¹ Betrachtungen entlang weiterer Merkmale – Anstellungsverhältnis, Reichweite des Mediums und Wohnort – zeigen für die vier Items keine signifikanten Unterschiede.

Abb. 8: Themen nicht mehr erwägen differenziert nach Geschlecht



Anmerkung: Mittelwerte und Standardabweichungen: weiblich $M = 2,28$ ($SD = 1,16$), männlich $M = 1,88$ ($SD = 1,08$). $t(378) = -3,48$; $p < .001$; Cohen's $d = 0,36$.

4.3 Redaktionelle Dynamiken und institutionelle Reaktionen

In etwa die Hälfte der Befragten berichtet über eine Zunahme des Austauschs zu Anfeindungen. 47,6 Prozent stimmen eher oder voll zu, nur 29,1 Prozent verneinen eine solche Entwicklung. Anfeindungen werden folglich von vielen Befragten nicht ausschließlich individuell verarbeitet, sondern erzeugen kommunikativen Bedarf und werden kollektiv thematisiert. 25,6 Prozent berichten von einer angespannteren Atmosphäre im Team, während gut die Hälfte (50,9 Prozent) dies eher oder vollständig verneint. Anfeindungen erzeugen demnach bei einem relevanten Teil der Redaktionen Spannungen, ohne flächendeckend destabilisierend zu wirken. Maßnahmen und Strukturen im Umgang mit Anfeindungen sehen nur 23,9 Prozent der Befragten in ihrem Arbeitsumfeld eher oder voll eingeführt. Der Großteil (61,1 Prozent) verneint dies eher oder vollständig. Institutionalisierte Reaktionen auf Anfeindungen erscheinen damit keineswegs selbstverständlich. Gleichzeitig berichten 36,3 Prozent, dass Anfeindungen die Solidarität im Team eher oder voll gestärkt haben. Anfeindungen fungieren demnach auch als Solidarisierungsanlass, wenngleich 37,7 Prozent diese Erfahrung scheinbar nicht gemacht haben. Die Antworten der Befragten deuten darauf hin, dass redaktionelle Dynamiken und organisationale Reaktionen auf Anfeindungen eher kommunikativ und kollegial bearbeitet als formalisiert ausgestaltet sind. Gespräch, Aushandlung und gegenseitige Unterstützung stehen im Vordergrund, während systematisch implementierte Schutzmechanismen seltener als eingeführt wahrgenommen werden.

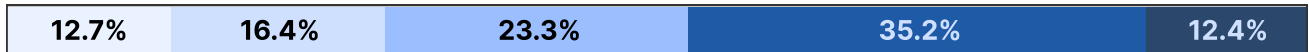
10. $t(378) = -3,48$; $p < .001$; Cohen's $d = 0,36$.

11. $t(380) = 2,60$; $p = .010$; Cohen's $d = 0,29$.

Abb. 9: Redaktionelle Dynamiken und institutionelle Reaktionen

Der Austausch über Anfeindungen hat zugenommen.

N = 378



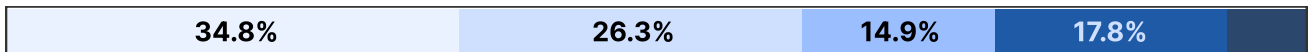
Die Stimmung im Team ist angespannter geworden.

N = 379



Es wurden Strukturen oder Maßnahmen eingeführt, um mit Anfeindungen umzugehen.

N = 376



Anfeindungen haben die Solidarität im Team gestärkt.

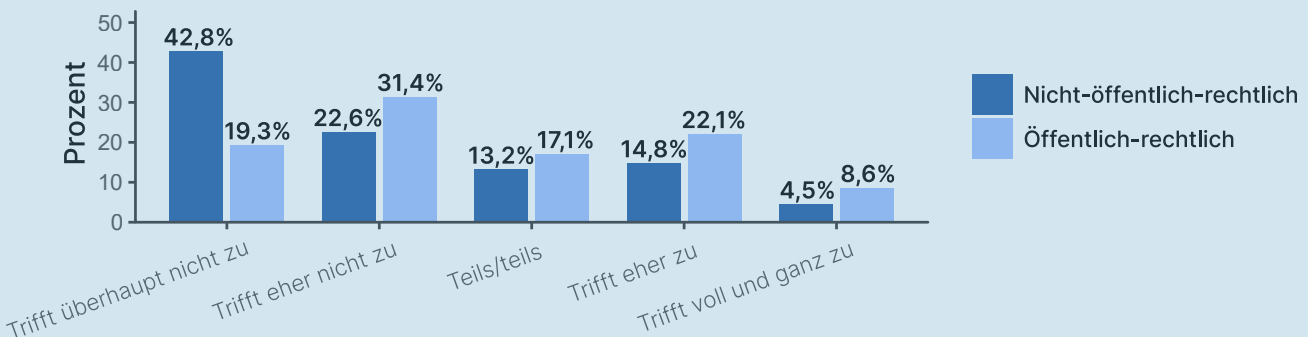
N = 374



Unterschiede entlang der institutionellen Zugehörigkeit zeigen sich vor allem bei der Einführung organisatorischer Reaktionen auf Anfeindungen (siehe Abb. 10). Beschäftigte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk berichten signifikant häufiger, dass in ihren Redaktionen Strukturen oder Maßnahmen zum Umgang mit Anfeindungen eingeführt wurden als Beschäftigte nicht-öffentlich-rechtlicher Medien (M = 2,69 vs. 2,14).¹²

Abb. 10: Einführung von Strukturen oder Maßnahmen differenziert nach Medientyp

Differenzierung: Öffentlich-rechtlich vs. Nicht-öffentlich-rechtlich (Zeilenprozent)



Es wurden Strukturen oder Maßnahmen eingeführt, um mit Anfeindungen umzugehen.
 N (Öffentlich-rechtlich)=138
 N (Nicht-öffentlich-rechtlich)=238
 N (gültig)=376

Anmerkung: Mittelwerte und Standardabweichungen: öffentlich-rechtlich M = 2,69 (SD = 1,26), nicht-öffentlich-rechtlich M = 2,14 (SD = 1,26).
 t(374) = 4,08; p < .001; Cohen's d = 0,44.

12. t(374) = 4,08; p < .001; Cohen's d = 0,44.

5. ARBEITSBEDINGUNGEN

5.1 Strukturelle und finanzielle Bedingungen

Neben Anfeindungen im Rahmen der journalistischen Tätigkeit berichten viele Journalist:innen von zunehmend belastenden Arbeitsbedingungen. So stimmen über 80 Prozent eher oder voll zu, dass ihre Arbeit verdichteter geworden sei, bei gleichbleibenden oder geringeren personellen Ressourcen. Lediglich etwa zehn Prozent lehnen diese Aussage eher oder vollständig ab. Ebenfalls mehr als drei Viertel (81,9 Prozent) sind eher oder voll und ganz der Meinung, dass der finanzielle und strukturelle Druck auf ihr Medium deutlich spürbar sei. Nur eine Minderheit von etwas unter zehn Prozent lehnt hier eher oder vollständig ab.

Auf Grundlage dieser vier Items lässt sich die Skala „Strukturelle und finanzielle Arbeitsbedingungen“ bilden. Der Skalenwert wurde als Mittelwert über die vier Items berechnet. Die interne Konsistenz der Skala war zufriedenstellend ($\alpha = .71$). Die Skala findet im weiteren Verlauf der Studie Anwendung (siehe Tab. 5).

Abb. 11: Strukturelle und finanzielle Bedingungen I

Meine Arbeit ist verdichteter geworden (mehr Aufgaben bei gleichbleibenden oder geringeren personellen Ressourcen).

N = 380



Der finanzielle und strukturelle Druck auf mein Medium ist deutlich spürbar.

N = 381



Die Beschäftigungssicherheit hat abgenommen.

N = 380

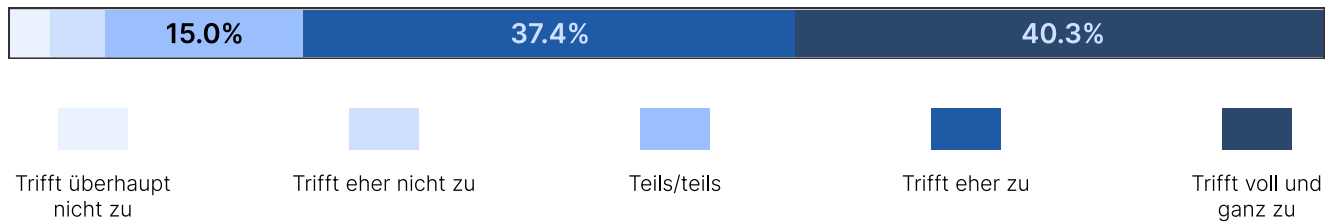


Der Frage nach einer wahrgenommenen Abnahme der Beschäftigungssicherheit stimmt mit knapp 60 Prozent ebenso eine Mehrheit der Befragten zu, während etwa ein Viertel eher oder vollständig ablehnt. Zudem sind deutlich über zwei Drittel der Befragten (77,7 Prozent) eher oder voll und ganz der Meinung, dass die Anforderungen an journalistische Arbeit sich durch das veränderte politische Klima und öffentliche Debatten erhöht hätten. Etwas weniger als zehn Prozent (7,4 Prozent) lehnt hier eher oder vollständig ab.

Abb. 12: Strukturelle und finanzielle Bedingungen II

Die Anforderungen an journalistische Arbeit haben sich durch das veränderte politische Klima und öffentliche Debatten erhöht.

N = 380

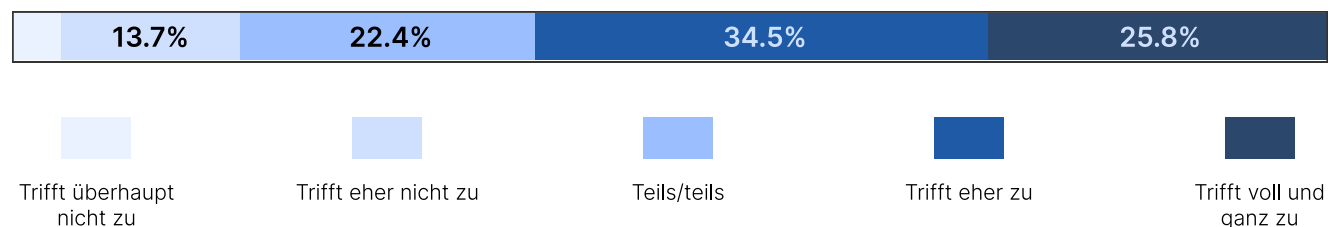


Diese deskriptiven Befunde zeigen, dass Anfeindungen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern in einen breiteren Kontext strukturell verdichteter und zunehmend prekärer wahrgenommener Arbeitsbedingungen eingebettet sind. Insbesondere die hohe Zustimmung zu Aussagen über Arbeitsverdichtung und finanziellen Druck legt nahe, dass viele der Befragten ihre berufliche Situation als mit begrenzten zeitlichen und finanziellen Ressourcen verbunden wahrnehmen. Dass eine Mehrheit eine sinkende Beschäftigungssicherheit registriert, spricht zudem für eine Erosion beruflicher Stabilität, die die Belastungen und Qualität journalistischer Arbeit zusätzlich beeinflussen könnte. Die Wahrnehmung belastender Arbeitsbedingungen und gesteigener Anforderungen lassen sich auch vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen grundsätzlichen Bedrohungslage der Pressefreiheit in Deutschland lesen. So stimmen über 60 Prozent eher oder voll und ganz der Aussage zu, dass die Pressefreiheit in Deutschland zunehmend in Gefahr sei. 17,4 Prozent der Befragten lehnen hier eher oder vollständig ab. Die Wahrnehmung einer zunehmend gefährdeten Pressefreiheit ist dabei signifikant mit der Skala zu strukturellen und finanziellen Arbeitsbedingungen assoziiert.¹³ Dieser signifikante positive Zusammenhang legt nahe, dass die Wahrnehmung einer Gefährdung der Pressefreiheit nicht nur im Kontext breiterer, demokratietheoretischer Diagnosen oder Reflektion aktueller politischer Debatten auftritt, sondern zugleich mit einer kritischeren Einschätzung der eigenen strukturellen und finanziellen Arbeitsbedingungen verknüpft ist und sich im Zusammenspiel potenziell folgenreich auf den Arbeitsalltag von Journalist:innen in Deutschland auswirken kann.

Abb. 13: Gefährdung der Pressefreiheit

Die Pressefreiheit in Deutschland ist zunehmend in Gefahr.

N = 380



5.2 Potenzielle Auswirkungen belastender Arbeitsbedingungen

Belastend wahrgenommene Arbeitsbedingungen wirken sich auf die alltägliche journalistische Arbeit in vielfältiger Weise aus. Etwas über ein Drittel der Befragten (37,5 Prozent) stimmt eher oder voll und ganz zu, dass sie Themen nicht aus Angst vor Anfeindungen, sondern auf Grund gesteigener Arbeitsbelastung vermieden haben. Weitere knapp 30 Prozent geben an, ihre Arbeitsqualität nicht so halten zu können,

13. $r = .31, p < .01, N = 380$.

wie sie es sich wünschen. Lediglich knapp 20 Prozent stimmen eher oder vollständig zu, den Umfang ihrer Recherchen reduziert zu haben. Hieran drückt sich u. a. eine hohe Bereitschaft aus, journalistischen Standards auch trotz belastender Arbeitsbedingungen gerecht werden zu wollen. Allerdings stimmen auch fast 40 Prozent aller Studienteilnehmer:innen eher oder voll und ganz zu, bereits einmal über einen Berufsausstieg nachgedacht zu haben. Hierbei zeigt sich ein signifikanter Geschlechterunterschied: Journalistinnen berichteten häufiger als männliche Befragte, über einen Ausstieg aus dem Beruf nachgedacht zu haben (M = 3,06 vs. M = 2,54; siehe Abb. 15).¹⁴

Abb. 14: Potenzielle Auswirkung belastender Arbeitsbedingungen

Ich habe Themen nicht aus Angst vor Anfeindungen, sondern generell aufgrund gestiegener Arbeitsbelastung vermieden.

N = 381



Ich konnte die Arbeitsqualität nicht so halten, wie ich es mir wünsche.

N = 382



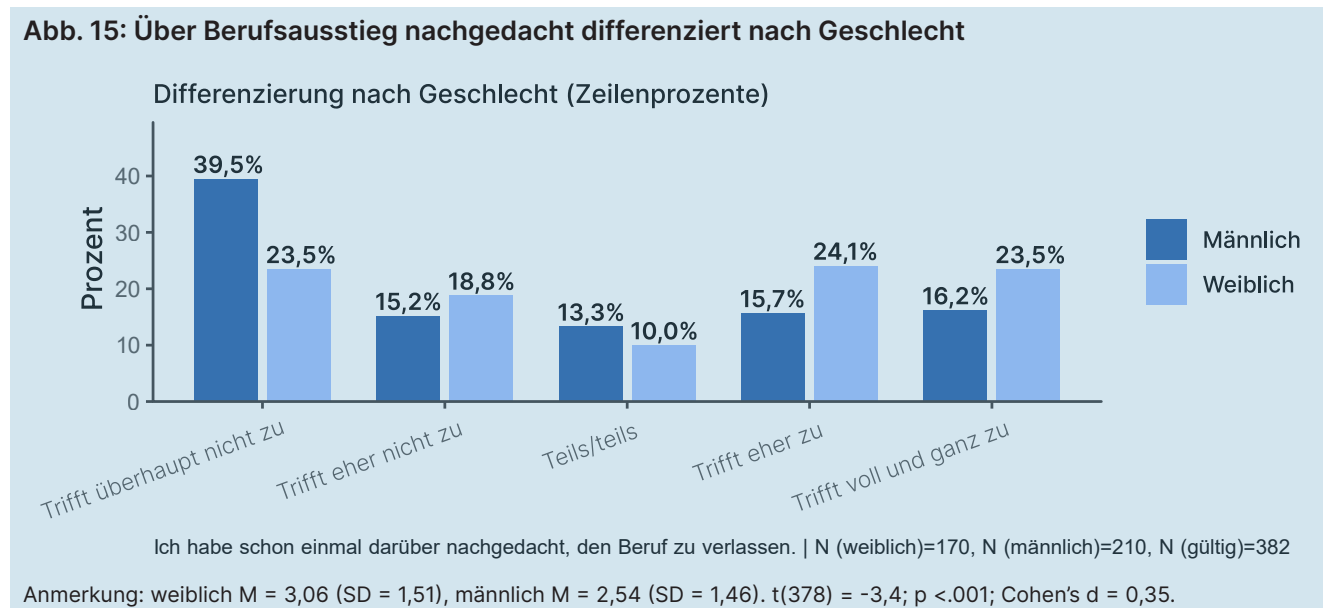
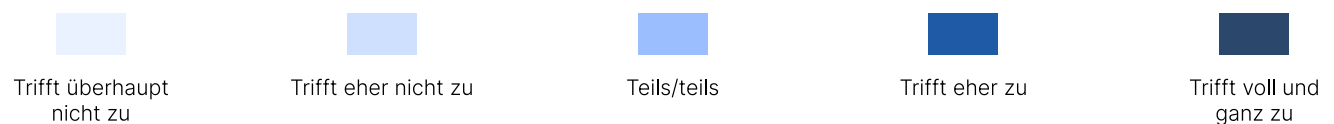
Ich habe den Umfang meiner Recherchen reduziert.

N = 380



Ich habe schon einmal darüber nachgedacht, den Beruf zu verlassen.

N = 382



14. t(378) = -3,4; p <.005; Cohen's d = 0,35.



„Wir Journalist*innen sind verunsichert. Leider führen die Strukturen nicht zu mehr Zusammenhalt, sondern zu noch mehr Verunsicherung. Da auch die Chefinnen und Chefs verunsichert sind.“

„Durch Zeitdruck, Kostendruck und Online First sinkt zudem die Qualität (kürzere, schlechter recherchierte Beiträge - Hauptsache irgendwas geht schnell online), so dass wir uns die eigene Daseinsberechtigung entziehen und dem Publikum wiederum immer mehr Angriffsfläche bieten.“



Die hier dargestellten deskriptiven Befunde lassen sich theoretisch auch unabhängig von belastend wahrgenommenen Arbeitsbedingungen einordnen. Ein Blick auf die jeweiligen Zusammenhänge mit der Skala zu belastenden strukturellen und finanziellen Arbeitsbedingungen macht hier jedoch eindeutig Assoziationen deutlich (siehe Tab. 5).

Tab. 5: Zusammenhänge der Skala „strukturelle und finanzielle Arbeitsbedingungen“

Item	Pearson-Korrelation
Ich habe Themen nicht aus Angst vor Anfeindungen, sondern generell auf Grund gestiegener Arbeitsbelastung vermieden.	.34** (381)
Ich konnte die Arbeitsqualität nicht so halten, wie ich es mir wünsche.	.39** (382)
Ich habe den Umfang meiner Recherchen reduziert.	.31** (380)
Ich habe schon einmal darüber nachgedacht, den Beruf zu verlassen.	.37** (382)

Anmerkung: N = 380. ** = $p \leq 0,01$

Die in Tab. 5 dargestellten Befunde auf Zusammenhangsebene zeigen durchweg signifikante, positive Zusammenhänge zwischen der Skala zu strukturellen und finanziellen Arbeitsbedingungen und potenziellen Folgen ebendieser. Höhere Werte auf der Skala gehen dabei systematisch damit einher, dass Journalist:innen häufiger berichten, Themen aufgrund gestiegener Arbeitsbelastung vermieden zu haben ($r = .34$), ihre Arbeitsqualität nicht im gewünschten Maß aufrechterhalten zu können ($r = .39$), den Umfang ihrer Recherchen reduziert zu haben ($r = .31$) sowie darüber nachgedacht zu haben, den Beruf zu verlassen ($r = .37$). Insgesamt bewegen sich die Zusammenhänge im kleinen bis mittleren Bereich und verweisen darauf, dass wahrgenommener struktureller und finanzieller Druck mit Einschränkungen professioneller Praxis und einer erhöhten beruflichen Distanzierung einhergehen. Inhaltlich deuten die Befunde darauf hin, dass ökonomische und strukturelle Belastungen nicht nur den Arbeitsalltag verdichten, sondern potenziell auch mit Einschränkungen konkreter journalistischer Praxis einhergehen. Wenn im Zusammenhang mit belastenden Arbeitsbedingungen Themen eher vermieden, Recherchen reduziert und Qualitätsansprüche schwerer umgesetzt werden können, spricht dies für mögliche Folgen für die Qualität und Belastbarkeit journalistischer Arbeit. Die Korrelation mit Gedanken an einen Berufsausstieg legt zudem nahe, dass diese wahrgenommenen Belastungen über rein situative Strapazierung hinausreichen. Aus den hier berichteten Korrelationen lässt sich zwar keine Kausalität ableiten, das Muster legt jedoch einen systematischen Zusammenhang zwischen strukturellem Druck, professionellen Einschränkungen und beruflicher Distanzierung nahe.



„Dass die Qualität aufgrund des wirtschaftlichen Drucks abgenommen hat, macht mir zu schaffen, das kann ich nicht verteidigen.“

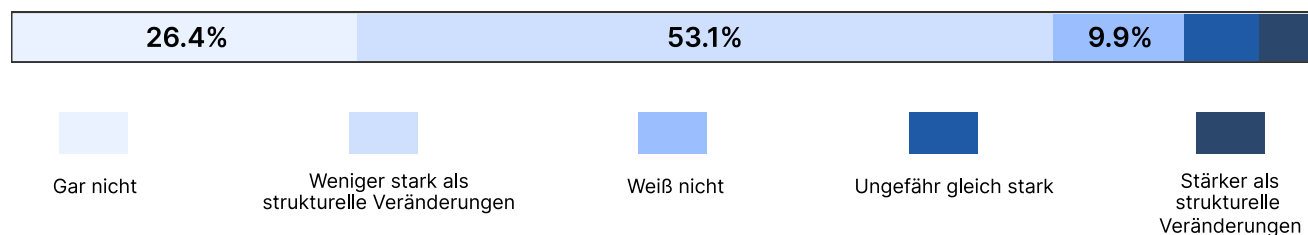
„Ich musste meinen Fokus auf einzelne Themen reduzieren, um den multiplen Beeinträchtigungen und gestiegenem Druck (auch durch den Arbeitgeber gestrichenen Zuschüssen bei Mehr- und Nacharbeit) Herr zu werden.“



Abb. 16: Vergleich des Einflusses von strukturellen Veränderungen und Anfeindungen

Im Vergleich zu strukturellen Veränderungen im Journalismus – wie stark schränken Anfeindungen durch das Publikum Ihre Arbeit ein?

N = 382



In Summe zeigt sich eine klare Tendenz: Für die Mehrheit der Befragten gehen strukturell veränderte Arbeitsbedingungen mit weithin schwerwiegenden Folgen für ihre journalistische Praxis einher. Diese konkreten Folgen sind dabei in den Augen der überwiegenden Mehrheit der Befragten deutlich schwerwiegender als erlebte Anfeindungen. So berichten etwa 80 Prozent der Befragten, dass erlebte Anfeindungen durch das Publikum ihre Arbeit im Vergleich zu strukturellen Veränderungen entweder überhaupt nicht oder nur in geringerem Maße einschränken. Lediglich eine Minderheit von etwa 6 Prozent ist der Auffassung, dass Anfeindungen stärker als strukturelle Veränderungen zu Einschränkungen ihrer Arbeit führen.

6. DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung zeichnen ein differenziertes Bild der aktuellen Arbeitsrealität von Journalist:innen in Deutschland. Zwei Befundlinien scheinen zentral: Erstens stellen Anfeindungen für einen erheblichen Teil der Befragten eine wiederkehrende Erfahrung dar, die ihren beruflichen Alltag negativ beeinflussen. Zweitens erscheinen diese Anfeindungen jedoch nicht als isoliertes Problem, sondern sind in einen breiteren Kontext struktureller Veränderungen journalistischer Arbeit eingebettet, die sich für die befragten Journalist:innen zunehmend belastend auswirken.

Anfeindungen

Mit Blick auf die Häufigkeit von Anfeindungen zeigt sich, dass 65,4 Prozent der Befragten in den vergangenen zwölf Monaten mindestens einmal entsprechende Erfahrungen gemacht haben, 53,4 Prozent berichten sogar von mehrfachen Vorfällen. Im Vergleich zu früheren Studien deutet dies auf eine Zunahme hin. Während 2017 noch 42 Prozent mindestens einmal und 26 Prozent mehrfach angefeindet wurden (Preuß u. a. 2017), lag der Anteil mehrfacher Anfeindungen 2020 bei 41,3 Prozent (Papendick u. a. 2020). Aufgrund der jeweils unterschiedlichen zugrundeliegenden Stichproben ist dieser Vergleich jedoch mit Vorsicht und lediglich als grobe Tendenz zu interpretieren. Körperliche Angriffe sind in der Stichprobe zwar vergleichsweise selten (5,5 Prozent). In absoluten Zahlen bedeutet dies jedoch, dass 21

der 383 befragten Journalist:innen in den vergangenen zwölf Monaten Ziel physischer Gewalt wurden. Dieser Befund ist auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Gewalt gegen öffentlich sichtbare Berufsgruppen (Imbusch und Steg 2025a) – darunter Journalist:innen (Peltz und Haynert 2025; Peltz und Lamm 2025) – zu betrachten.

Wenig überraschend vor dem Hintergrund zahlreicher Studien (Waisbord 2020; Löfgren Nilsson und Örnebring 2016; Hiltunen 2019) erfolgen Anfeindungen häufig über digitale Kommunikationsräume, insbesondere über soziale Netzwerke. Zugleich beschränken sie sich nicht auf digitale Öffentlichkeiten: Ein erheblicher Anteil der Befragten berichtet auch von direkten Konfrontationen von Angesicht zu Angesicht. Die Mehrfachnennungen legen zudem nahe, dass Anfeindungen über verschiedene Kommunikationskanäle hinweg auftreten. Digitale Kommunikationsräume lassen sich dabei nicht nur als Ort der Artikulation von Feindseligkeit verstehen, sondern potenziell auch als Mobilisierungs- und Verstärkungsräume, aus denen heraus sich Anfeindungen in direkte Konfrontationen im beruflichen Alltag übersetzen können (Posetti u. a. 2025). Dies gilt insbesondere für lokale Kontexte, in denen Journalist:innen persönlich bekannt und damit leichter identifizierbar sind, etwa in Regionen, in denen medienfeindliche Ressentiments und extrem rechte Mobilisierung besonders präsent sind (Gutsmiedl und Kiess 2025; Peltz und Rees 2026).

Inhaltlich richten sich Anfeindungen am häufigsten gegen „die Medien“ als abstrakte Kategorie. Auch Aspekte der Berichterstattung werden häufiger zum Anlass genommen als persönliche Angriffe auf Journalist:innen oder die Personen und Gruppen, über die berichtet wird. Damit fügen sich die Befunde in bestehende Forschung ein, die Anfeindungen gegenüber Journalist:innen als Ausdruck einer Stellvertreter:innenrolle für politische Gegner:innen beschreibt (Gutsmiedl und Kiess 2025, 538). Journalist:innen fungieren in solchen Konfliktkonstellationen als Projektionsfläche politischer Feindbilder, wie sie sich seit Jahren etwa in Begriffen wie „Lügenpresse“ oder „Systempresse“ artikulieren (Koliska und Assmann 2021; Holt und Haller 2017). Die Zuschreibung der freien Presse als Teil einer vermeintlichen „Elite“ kann zudem in ein generalisiertes Medienmisstrauen münden, das insbesondere mit rechten beziehungsweise rechtspopulistischen Einstellungen assoziiert ist (Rees und Papendick 2021).

Deutlich wird diese ideologische Komponente auch in den zugeschriebenen Motivationen der erlebten Anfeindungen: Diese werden von den Befragten überwiegend dem rechten politischen Spektrum zugeordnet. Zahlen zu physischer Gewalt gegen Journalist:innen in den vergangenen Jahren verweisen ebenfalls auf einen hohen Anteil rechter Angriffe (Peltz und Haynert 2025; Peltz u. a. 2024; Hoffmann u. a. 2023; Hoffmann und Roberta 2022). Andere ideologische Hintergründe werden ebenfalls genannt, jedoch deutlich seltener.

Auswirkungen

Die individuell wahrgenommenen Folgen von Anfeindungen fallen heterogen aus. Rund ein Drittel der Befragten berichtet von eher unspezifischer, persönlicher Belastung, während konkrete, gesundheitliche Auswirkungen deutlich seltener genannt werden. Anfeindungen haben laut den Befragten auch Einfluss auf ihre professionelle Autonomie. Präventiver Themenverzicht, der Rückzug geplanter Beiträge oder das Weglassen einzelner Formulierungen lassen sich als problemorientierte Bewältigungsstrategien interpretieren (Slavtcheva-Petkova u. a. 2023, 21), die mit Einschränkungen journalistischer Arbeitsqualität und publizistischer Freiheit verbunden sind (Obermaier u. a. 2018; Kim und Shin 2025; Miller 2023).

Eine Verschlechterung der eigenen Arbeitsqualität wird nur von einer kleinen Gruppe wahrgenommen. Dies steht potenziell im Konflikt mit den zuvor beschriebenen Mechanismen. Eine Ausübung dieser Formen von Bewältigungsstrategien wird zwar von deutlich mehr Befragten verneint als bejaht. Gleichwohl bedeutet ein Anteil von 15,4 Prozent, dass 59 Personen in der Stichprobe bereits Themen aus Sorge vor Anfeindungen nicht in Erwägung gezogen haben. 57 Personen wiederum haben aus derselben Motivation heraus bereits Formulierungen oder Details aus ihren Beiträgen weggelassen. Es zeigt sich demnach, dass auch in Deutschland, einem Land mit vergleichsweise starken de facto- und de jure Schutzmechanismen (RSF 2025), Formen der Selbstzensur – zumindest in unserer Stichprobe – kein reines Randphänomen

darzustellen scheinen. Deutschland bildet damit keine Ausnahme, wie Studien aus anderen Ländern zeigen, die in Demokratie- und Pressefreiheitsindizes üblicherweise hoch eingestuft werden (Hiltunen 2017; Clark und Grech 2017; Larsen u. a. 2020).

Auf redaktioneller Ebene werden Anfeindungen zwar zunehmend kollektiv thematisiert. So berichten viele Befragte von intensiverem Austausch und teilweise gestärkter Solidarität im Team. Studien zu Bewältigungsstrategien zeigen, dass professionelle Solidarität, gemeinsame Werte und Teamarbeit sowohl physische Sicherheit als auch psychische Resilienz stärken (Slavtcheva-Petkova u. a. 2023, 21). Trotz der berichteten Anfeindungen und der damit verbundenen Belastung berichten die meisten Befragten allerdings nicht von der Einführung etablierter organisatorischer Strukturen oder Maßnahmen zum Umgang mit Anfeindungen. Dies deutet darauf hin, dass Anfeindungen in vielen Redaktionen nach wie vor eher informell im Kreis der Kolleg:innenschaft verhandelt als durch formalisierte Verfahren adressiert werden.

Arbeitsbedingungen

Deutlich stärker als Anfeindungen werden strukturelle Veränderungen der Arbeitsbedingungen als Belastung wahrgenommen. Die große Mehrheit der Befragten berichtet von zunehmender Arbeitsverdichtung, wachsendem ökonomischem Druck sowie steigenden Anforderungen an journalistische Arbeit. Diese Befunde stehen im Einklang mit Studien, die auf eine zunehmende Prekarisierung journalistischer Arbeitsbedingungen hinweisen (Schmidt u. a. 2022; Hanitzsch und Rick 2021; Hanitzsch 2025).

Zugleich zeigen die Ergebnisse systematische Zusammenhänge zwischen strukturellem Druck und zentralen Aspekten journalistischer Praxis: Höhere Belastungswerte sind signifikant mit geringeren Rechercheumfängen, wahrgenommenen Qualitätseinbußen sowie Überlegungen assoziiert, den Beruf zu verlassen. Rund 40 Prozent der Befragten gaben an, bereits über einen Ausstieg aus dem Journalismus nachgedacht zu haben, wobei Journalistinnen dies signifikant häufiger berichten als ihre männlichen Kollegen. Die Ergebnisse machen damit deutlich, dass Gender eine wichtige Rolle für das Verständnis der sozialen und kulturellen Faktoren spielt, die Arbeitsbedingungen und Prekarität im Journalismus prägen (Rick und Hanitzsch 2024, 203).

Herauszuheben ist auch, dass eine Mehrheit der Befragten eine zunehmende Gefährdung der Pressefreiheit in Deutschland wahrnimmt. Diese Wahrnehmung steht ihrerseits in einem signifikanten Zusammenhang mit der Bewertung struktureller und finanzieller Arbeitsbedingungen. Dies deutet darauf hin, dass Diagnosen einer bedrohten Pressefreiheit nicht ausschließlich im Kontext politischer Konflikte oder öffentlicher Debatten entstehen, sondern auch mit Erfahrungen strukturellen Drucks im beruflichen Alltag verknüpft sein können.

Limitationen und Ausblick

Die vorliegende Studie unterliegt mehreren Einschränkungen. Aufgrund der methodischen Anlage lassen sich keine repräsentativen Aussagen über alle Journalist:innen in Deutschland treffen. Zudem beruhen die Ergebnisse auf subjektiven Einschätzungen der Befragten. Aufgrund des querschnittlichen Designs und der überwiegend deskriptiven und korrelativen Auswertung lassen sich daraus jedoch keine Aussagen über kausale Zusammenhänge ableiten. Gleichwohl liefern die Befunde wichtige empirische Hinweise darauf, wie Journalist:innen selbst die gegenwärtigen Herausforderungen ihres Berufs wahrnehmen und einordnen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, zukünftige Forschung stärker auf das Zusammenspiel zwischen Anfeindungen, strukturellen Arbeitsbedingungen und professioneller Praxis zu richten. Insbesondere stellt sich die Frage, inwiefern langfristige Veränderungen in der Organisation journalistischer Arbeit – etwa durch Ressourcenknappheit, Prekarisierung oder Arbeitsverdichtung – die Fähigkeit von Redaktionen beeinflussen, auf Anfeindungen zu reagieren und ihre journalistische Funktion unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen aufrechtzuerhalten.

7. FAZIT

Insgesamt legen die vorliegenden Ergebnisse nahe, dass Anfeindungen gegenüber Journalist:innen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern in einen breiteren Kontext veränderter Arbeitsbedingungen im Journalismus eingebettet sind. Anfeindungen stellen dabei eine reale und in weiten Teilen belastende Erfahrung dar, sie erklären jedoch allein nicht die Herausforderungen, mit denen Journalist:innen in Deutschland konfrontiert sind. Vielmehr ergibt sich die Belastung aus der Überlagerung verschiedener Entwicklungen, darunter eine zunehmende Delegitimierung journalistischer Institutionen in Teilen der Öffentlichkeit (Peltz und Rees 2026, 2–3), die gewachsene Bedeutung digitaler Plattformen als zentrale Arenen öffentlicher Kommunikation und gesellschaftlicher Konflikte sowie verschärfte ökonomische und organisatorische Bedingungen innerhalb der Medienbranche.

Wenn journalistische Arbeit unter Bedingungen zunehmender Arbeitsverdichtung, ökonomischen Drucks und wiederkehrenden Anfeindungen stattfindet, beeinträchtigt dies die Arbeitsfähigkeit von Journalist:innen und kann damit auch die Informations- und Kontrollfunktion des Journalismus in demokratischen Gesellschaften schwächen. Die Ergebnisse dieser Studie deuten darauf hin, dass viele Journalist:innen auch unter solchen Bedingungen versuchen, professionelle Standards aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig zeigen sie jedoch, dass zunehmende strukturelle Belastungen in Teilen der Profession zu Bewältigungsstrategien führen können, die eine freie Berichterstattung einschränken und damit sowohl die Arbeitssituation von Journalist:innen als auch die Bedingungen freier Presse berühren.

8. EMPFEHLUNGEN

Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung von Journalist:innen sollten sowohl den Umgang mit Anfeindungen als auch die strukturellen Bedingungen journalistischer Arbeit berücksichtigen.

Empfehlungen für Medienhäuser und Redaktionen

Verbindliche Ansprechpersonen für Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe

Mehrere Befunde der Studie deuten darauf hin, dass Anfeindungen in vielen Redaktionen bislang eher informell im Kreis der Kolleg:innenschaft thematisiert und bearbeitet werden. Redaktionen sollten daher klare Zuständigkeiten für den Umgang mit Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffen definieren. Neben der Redaktionsleitung kann es sinnvoll sein, geschulte Ansprechpersonen zu benennen, die Betroffene unterstützen, Vorfälle dokumentieren und organisatorische Schritte koordinieren. Eine solche Struktur kann dazu beitragen, den Umgang mit Anfeindungen zu entlasten und zu professionalisieren.

Transparenz über Unterstützungs- und Meldewege

Journalist:innen sollten regelmäßig darüber informiert werden, an wen sie sich im Falle von Anfeindungen oder Bedrohungen wenden können und welche Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen. Klare Meldewege und transparente Verfahren können dazu beitragen, Unsicherheiten im Umgang mit entsprechenden Situationen zu reduzieren.

Juristische Unterstützung

Journalist:innen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Ziel von Bedrohungen, Drohungen oder Diffamierungen werden, sollten im Bedarfsfall rechtliche Unterstützung über ihr Medienhaus erhalten. Gleiches gilt für juristische Angriffe.

Psychologische Unterstützung

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass ein Teil der Befragten Anfeindungen als persönliche Belastung erlebt. Medienhäuser sollten daher im Bedarfsfall Möglichkeiten psychologischer Beratung oder Supervision bereitstellen, um Betroffene im Umgang mit belastenden Situationen zu unterstützen.

Kostenübernahme

Wenn Journalist:innen im Zusammenhang mit Bedrohungs- oder Angriffssituationen Kosten entstehen – etwa durch juristische Schritte, Schäden an professionellem und privatem Eigentum, sicherheitsrelevante Maßnahmen – sollte eine Übernahme dieser Kosten durch die Medienhäuser/Auftraggeber erfolgen.

Offene Gesprächskultur und kollegiale Unterstützung

Die Befunde der Studie deuten darauf hin, dass Anfeindungen in vielen Redaktionen zu verstärktem Austausch im Team führen und teilweise auch solidarische Dynamiken auslösen. Eine offene Gesprächskultur kann dazu beitragen, dass Belastungen frühzeitig thematisiert und gemeinsam bearbeitet werden. Hier kommt insbesondere der Redaktionsleitung eine wichtige Rolle zu, indem sie einen offenen Umgang mit den Herausforderungen journalistischer Arbeit fördert.

Schulungen und Trainings

Schulungen und Workshops können Journalist:innen dabei unterstützen, sich auf potenziell konflikthafte Situationen vorzubereiten und Handlungssicherheit zu gewinnen. Dies kann beispielsweise den Umgang mit aggressiven Akteur:innen, den Schutz persönlicher Daten oder Strategien im Umgang mit digital vermittelten Anfeindungen betreffen.

Schutz persönlicher Daten

In vielen Fällen richten sich Anfeindungen nicht nur gegen journalistische Inhalte, sondern auch gegen die Person der berichtenden Journalist:innen. Redaktionen sollten daher über Möglichkeiten informieren, private Kontaktdaten besser zu schützen. Dazu gehört beispielsweise:

- Nutzung der Firmenadresse statt der privaten Adresse auf Presseausweisen oder bei Akkreditierungen
- Verwendung dienstlicher Kontaktadressen für juristischen oder polizeilichen Schriftverkehr
- Prüfung einer Auskunftssperre im Melderegister in Bedrohungslagen
- möglichst keine Nutzung privater Telefonnummern im dienstlichen Kontext

Evaluierung bestehender Maßnahmen

Bereits etablierte Maßnahmen zum Schutz von Journalist:innen sollten regelmäßig überprüft und hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzbarkeit bewertet werden. Maßnahmen, die in der redaktionellen Praxis kaum umsetzbar sind, können andernfalls eher symbolischen Charakter annehmen und das Sicherheitsempfinden der Betroffenen unter Umständen sogar beeinträchtigen.

Arbeitsbedingungen und redaktionelle Ressourcen

Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, dass Journalist:innen strukturelle Veränderungen der Arbeitsbedingungen häufig als stärker belastend wahrnehmen als Anfeindungen selbst. Maßnahmen

zur Verbesserung der Arbeitssituation sollten daher möglichst versuchen auch strukturelle Aspekte berücksichtigen.

Arbeitsverdichtung und Zeitdruck reduzieren

Gerade in konfliktträchtigen oder in stark politisierten Themenfeldern ist sorgfältige und fehlerfreie Arbeit besonders wichtig. Gleichzeitig berichten viele Journalist:innen von zunehmendem Zeitdruck und begrenzten Ressourcen. Eine Reduktion von Arbeitsverdichtung in Themenfeldern, die bereits in der Vergangenheit als sensibel und komplex hervorgetreten sind, kann dazu beitragen, journalistische Qualität zu sichern und Unsicherheiten im Umgang mit konfliktträchtigen Themen zu reduzieren.

Ressourcen für Community- und Kommentarbeit

Ein erheblicher Teil von Anfeindungen findet über digitale Kommunikationsräume statt, etwa über soziale Netzwerke, Kommentarspalten oder E-Mails. Redaktionen sollten prüfen, inwiefern ausreichende personelle Ressourcen für Moderation, Community-Management und den Umgang mit entsprechenden Kommunikationsräumen bereitgestellt werden können.

Begleitschutz bei risikoreichen Berichterstattungssituationen

Bei Berichterstattungen in potenziell konfliktträchtigen Situationen – etwa im Kontext von Demonstrationen oder anderen Veranstaltungen mit erhöhtem Gewaltpotenzial – sollte Journalist:innen die Möglichkeit von Begleitschutz oder organisatorischer Unterstützung eröffnet werden. Dies kann beispielsweise durch das Arbeiten im Team, durch zusätzliche redaktionelle Unterstützung vor Ort oder durch abgestimmte Sicherheitskonzepte erfolgen. Solche Maßnahmen können dazu beitragen, die persönliche Sicherheit von Journalist:innen zu erhöhen und gleichzeitig sicherzustellen, dass Berichterstattung auch in konflikthaften Situationen unter professionellen Bedingungen möglich bleibt.

Empfehlungen an Sicherheitsbehörden

Bewusster Umgang mit der Rolle von Medien

Sicherheitsbehörden sollten sich der Rolle journalistischer Arbeit für demokratische Öffentlichkeit bewusst sein. Insbesondere in Regionen oder Kontexten, in denen Journalist:innen wiederholt Ziel von Agitation oder Angriffen werden, ist der Schutz der Pressefreiheit auch eine sicherheitspolitische Aufgabe.

Sensibler Umgang mit Bedrohungsmeldungen

Meldungen von Journalist:innen über Bedrohungen oder Angriffe sollten von Sicherheitsbehörden ernst genommen und professionell behandelt werden. Bedrohungen gegenüber Journalist:innen stehen häufig in einem breiteren Kontext medienfeindlicher Mobilisierung und sollten daher nicht ausschließlich als isolierte Einzelfälle betrachtet werden.

Direkte Ansprechpartner:innen

Direkter Kontakt zu Ansprechpartner:innen in Sicherheitsbehörden kann Redaktionen und Journalist:innen dabei unterstützen, Bedrohungslagen schneller zu klären und geeignete Schutzmaßnahmen einzuleiten. Ein solches System kann dazu beitragen, dass Unterstützung im Bedarfsfall schneller und unbürokratischer verfügbar ist.

Schutz persönlicher Daten und Auskunftssperren im Melderegister

Ein wiederkehrendes Problem im Kontext von Anfeindungen gegenüber Journalist:innen betrifft den Schutz privater Wohnadressen. Die Eintragung einer Auskunftssperre im Melderegister stellt grundsätzlich ein mögliches Instrument dar, um den Zugang zu persönlichen Adressdaten zu erschweren. In der Praxis wird eine solche Sperre jedoch häufig erst dann eingerichtet, wenn bereits konkrete Bedrohungen oder Anfeindungen vorliegen. Vor dem Hintergrund der hier dargestellten Befunde erscheint es sinnvoll zu prüfen, inwiefern Journalist:innen, die nachweislich regelmäßig zu konfliktträchtigen oder potenziell gefährdungsrelevanten Themen arbeiten, bereits präventiv eine Auskunftssperre beantragen können. Ein solcher präventiver Zugang könnte dazu beitragen, Risiken frühzeitig zu reduzieren und zu verhindern, dass private Adressen im Rahmen von Auskunftersuchen oder Akteneinsichten leichter zugänglich werden. Gleichzeitig sollte sichergestellt werden, dass entsprechende Verfahren für Betroffene möglichst unbürokratisch funktionieren, da administrative Hürden den Schutz persönlicher Daten im Kontext von Anfeindungen erheblich erschweren können.

9. LITERATUR

- Björkenfeldt, Oscar.** 2025. „Self-Censorship in Journalism: The Role of Emotional, Professional, and Institutional Factors“. *Digital Journalism* 0 (0): 1–18. <https://doi.org/10.1080/21670811.2025.2601961>.
- Bovens, Mark, Robert E. Goodin, Thomas Schillemans, und Pippa Norris.** 2014. „Watchdog Journalism“. In *The Oxford Handbook of Public Accountability*, herausgegeben von Mark Bovens, Robert E. Goodin und Thomas Schillemans. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199641253.013.0015>.
- Clark, Marilyn, und Anna Grech.** 2017. „Unwarranted Interference, Fear and Self-censorship among Journalists in Council of Europe Member States“. In *The Assault on Journalism Building knowledge to protect freedom of expression*, herausgegeben von Ulla Carlsson. Nordicom.
- Gutsmiedl, Christina, und Johannes Kiess.** 2025. „Protestberichterstattung an den Grenzen der Demokratie“. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 73 (4): 530–46. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-4-530>.
- Hamada, Basyouni Ibrahim.** 2022. „Determinants of Journalists' Autonomy and Safety: Evidence from the Worlds of Journalism Study“. *Journalism Practice* 16 (8): 1715–35. <https://doi.org/10.1080/17512786.2021.1871861>.
- Hanitzsch, Thomas, und Jana Rick.** 2021. *Prekarisierung im Journalismus*. Ludwig-Maximilians-Universität München. <https://www.ifkw.uni-muenchen.de/lehrbereiche/hanitzsch/projekte/prekarisierung.pdf>.
- Hanitzsch, Thomas.** 2025. „Burning (Out) for Journalism: Aktuelle Befunde zur psychosozialen Gesundheit im deutschen Journalismus“. Preprint, Ludwig-Maximilians-Universität. <https://doi.org/10.5282/UBM/EPUB.123416>.
- Hepp, Andreas, und Wiebke Loosen.** 2020. „Neujustierung holistisch gedacht - und gemacht: Feldbeobachtung, Forschungspraxis, Theorieentwicklung in der Journalismusforschung“. *Neujustierung der Journalistik/Journalismusforschung in der digitalen Gesellschaft: Proceedings zur Jahrestagung der Fachgruppe Journalistik/Journalismusforschung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019 Eichstätt*: S. 2133. <https://doi.org/10.21241/SSOAR.70816>.
- Hiltunen, Ilmari.** 2017. „Trouble in paradise? Self-censorship, outside interference and harassment of journalists in Finland“. *Media Asia* 44 (1): 66–70.
- Hiltunen, Ilmari.** 2019. „Experiences of External Interference Among Finnish Journalists: Prevalence, Methods and Implications“. *Nordicom Review* 40 (1): 3–21. <https://doi.org/10.2478/nor-2018-0016>.
- Hoffmann, Martin, Annkathrin Pohl, und Jessica Jana Dutz.** 2023. *Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe*. Europäisches Zentrum für Presse und Medienfreiheit.
- Hoffmann, Martin, und Knoll Roberta.** 2022. *Feindbild Journalist VI: Hass vor der Haustür*. Europäisches Zentrum für Presse und Medienfreiheit.
- Holt, Kristoffer, und André Haller.** 2017. „What Does 'Lügenpresse' Mean? Expressions of Media Distrust on PEGIDA's Facebook Pages“. *Politik* 20 (4). <https://doi.org/10.7146/politik.v20i4.101534>.
- Holton, Avery E., Valérie Bélair-Gagnon, Diana Bossio, und Logan Molyneux.** 2023. „'Not Their Fault, but Their Problem': Organizational Responses to the Online Harassment of Journalists“. *Journalism Practice* 17 (4): 859–74. <https://doi.org/10.1080/17512786.2021.1946417>.
- Imbusch, Peter, und Joris Steg.** 2025a. *Bedrohungsanalysen: Angriffe auf Politikerinnen, Journalistinnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen als Gefahr für die Demokratie*. Springer.
- Imbusch, Peter, und Joris Steg.** 2025b. „Einführung - Bedrohungen von öffentlichen Personen und Angriffe auf politische AmtsträgerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen“. In *Bedrohungsanalysen: Angriffe auf PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen als Gefahr für die Demokratie. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://link.springer.com/10.1007/978-3-658-48152-0>.

- Kim, Changwook, und Wooyeol Shin.** 2025. „Harassment of Journalists and Its Aftermath: Anti-Press Violence, Psychological Suffering, and an Internal Chilling Effect“. *Digital Journalism* 13 (2): 232–48. <https://doi.org/10.1080/21670811.2022.2034027>.
- Koliska, Michael, und Karin Assmann.** 2021. „Lügenpresse: The Lying Press and German Journalists' Responses to a Stigma“. *Journalism* 22 (11): 2729–46. <https://doi.org/10.1177/1464884919894088>.
- Larsen, Anna Grøndahl, Ingrid Fadnes, und Roy Krøvel, Hrsg.** 2020. *Journalist Safety and Self-Censorship*. 1. Aufl. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780367810139>.
- Löfgren Nilsson, Monica, und Henrik Örnebring.** 2016. „Journalism Under Threat: Intimidation and Harassment of Swedish Journalists“. *Journalism Practice* 10 (7): 880–90. <https://doi.org/10.1080/17512786.2016.1164614>.
- Malcorps, Sylvain, Manon Libert, und Florence Le Cam.** 2023. „A Matter of Organisational Silence: Media Managers Struggling to Make Sense of the Online Harassment of Journalists as a Collective Issue in Journalism“. *Digital Journalism* 11 (10): 1868–85. <https://doi.org/10.1080/21670811.2022.2140301>.
- Miller, Kaitlin C.** 2023. „Harassment's Toll on Democracy: The Effects of Harassment Towards US Journalists“. *Journalism Practice* 17 (8): 1607–26. <https://doi.org/10.1080/17512786.2021.2008809>.
- Obermaier, Magdalena, Michaela Hofbauer, und Carsten Reinemann.** 2018. „Journalists as Targets of Hate Speech. How German Journalists Perceive the Consequences for Themselves and How They Cope with It“. *Studies in Communication | Media* 7 (4): 499–524. <https://doi.org/10.5771/2192-4007-2018-4-499>.
- Papendick, Michael, Yann Rees, Franziska Wäschle, und Andreas Zick.** 2020. Hass und Angriffe auf Medienschaffende: Eine Studie zur Wahrnehmung von und Erfahrungen mit Angriffen auf Journalist*innen. *Mediendienst Integration*. https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwIE2fmZiauEAXIbPEDHSFFC0MQFnoECB-QQAQ&url=https%3A%2F%2Fmediendienst-integration.de%2Ffileadmin%2FDateien%2FStudie_Hass_und_Angriffe_auf_Medienschaffende.pdf&usq=AOvVaw2C-XxW_IPqZofyBpvdZ02I&opi=89978449.
- Peltz, Patrick.** 2025. *Lokaljournalismus unter Druck. Sicherheitsempfinden und Bedrohungserfahrungen von Lokaljournalistinnen und Lokaljournalisten in Sachsen und Thüringen. Eine Studie des European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF) in Kooperation mit dem Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV)*.
- Peltz, Patrick, und Alina Haynert.** 2025. *Feindbild Journalist:in 9: Pressefreiheit im Spannungsfeld gesellschaftlicher Krisen*. Europäisches Zentrum für Presse und Medienfreiheit.
- Peltz, Patrick, Alina Haynert, und Jessica Dutz.** 2024. *Feindbild Journalist:in 8: Angst vor der Selbstzensur*. *Feindbild Journalist:in*. Europäisches Zentrum für Presse und Medienfreiheit.
- Peltz, Patrick, und Andreas Lamm.** 2025. „Gewalt gegen Journalist:innen“. In *Bedrohungsanalysen: Angriffe auf PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen als Gefahr für die Demokratie*, herausgegeben von Peter Imbusch und Joris Steg. SpringerVS.
- Peltz, Patrick, und Yann P. M. Rees.** 2026. „Not Censored, But Silenced: Evidence from Local Journalists in German Far-Right Strongholds“. *Journalism Practice*, Januar 4, 1–20. <https://doi.org/10.1080/17512786.2025.2610820>.
- Posetti, Julie, Lea Hellmueller, Kaylee Williams, Pauline Renaud, Nermine Aboulez, und Nabeelah Shabbir.** 2025. *Tipping Point: The Chilling Escalation of Online Violence Against Women in the Public Sphere*. UN Women.
- Preuß, Madlen, Frederik Tetzlaff, und Andreas Zick.** 2017. *Publizieren wird zur Mutprobe*. Eine Studie zur Wahrnehmung von und Erfahrungen mit Angriffen unter Journalist_innen. *Mediendienst Integration*.
- Rees, Yann P. M.** 2023. „Free Press Under Pressure? Experiences and Consequences of Hateful Harassment on Journalists in Germany“. *Media and Communication* 11 (4). <https://doi.org/10.17645/mac.v11i4.7179>.

- Rees, Yann P. M., und Michael Papendick.** 2021. „Misstrauen gegenüber Medien zwischen Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“. In Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2021/21. Dietz.
- Rick, Jana.** 2025. Ausstieg Aus Dem Journalismus: Gründe, Wege und Folgen. 1st ed. Halem, Herbert von, Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Rick, Jana, und Thomas Hanitzsch.** 2024. „Journalists’ Perceptions of Precarity: Toward a Theoretical Model“. Journalism Studies 25 (2): 199–217. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2023.2293827>.
- RSF.** 2025. „RSF World Press Freedom Index 2025“. https://rsf.org/en/rsf-world-press-freedom-index-2025-economic-fragility-leading-threat-press-freedom?year=2025&data_type=general.
- Schmidt, Burkhard, Rainer Nübel, Simon Mack, und Daniel Rölle.** 2022. Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben.
- Slavtcheva-Petkova, Vera, Jyotika Ramaprasad, Nina Springer, u. a.** 2023. „Conceptualizing Journalists’ Safety around the Globe“. Digital Journalism 11 (3): 1211–29.
- Usher, Nikki, und Sanghoon Kim-Leffingwell.** 2023. „How Loud Does the Watchdog Bark? A Reconsideration of Losing Local Journalism, News Nonprofits, and Political Corruption“. The International Journal of Press/Politics, Juli 22, 19401612231186939. <https://doi.org/10.1177/19401612231186939>.
- Von Garmissen, Anna, Corinna Lauerer, Thomas Hanitzsch, und Wiebke Loosen.** 2025. „Journalismus in Deutschland 2023. Befunde zur Situation und Selbsteinschätzung einer Profession unter Druck“. Medien & Kommunikationswissenschaft 73 (1): 3–34. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2025-1-3>.
- Waisbord, Silvio.** 2020. „Mob Censorship: Online Harassment of US Journalists in Times of Digital Hate and Populism“. Digital Journalism 8 (8): 1030–46. <https://doi.org/10.1080/21670811.2020.1818111>.

Zitationsvorschlag

Peltz, Patrick und Yann P. M. Rees (2026): Strapazierter Journalismus: Anfeindungen und strukturelle Belastungen von Journalist:innen in Deutschland. Eine gemeinsame Studie des European Centre for Press and Media Freedom und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, Leipzig und Bielefeld.

Kontaktdaten

patrick.peltz@ecpmf.eu

y.rees@uni-bielefeld.de

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit

Menckestraße 27
04155 Leipzig
Germany

phone: 49 (0) 172 / 367 499 0

email: info@ecpmf.eu

web: www.ecpmf.eu

Veröffentlichungsdatum: 26.03.2026

© ECPMF 2026



This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial 4.0 International License.

Supported by:

